

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannstraße 46, und die Post zu beziehen — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannstraße Nr. 46  
Zerupfacher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Zeitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 68.

Montag, den 22. März 1915.

22. Jahrg.

## Die Kriegszuwachssteuer.

Seit Beginn des Krieges fordert die sozialdemokratische Partei die Anpassung des bestehenden Reichsvermögenszuwachssteuergesetzes an die außerordentlichen Verhältnisse des Krieges. Dieses am 3. Juli 1913 erlassene Gesetz sieht für den 1. April 1917 die erstmalige Erhebung des in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis zum 1. Januar 1916 erfolgten Vermögenszuwachses vor und besteuert ihn je nach seiner Größe und der Höhe des Stammvermögens mit 0,75 bis 2,50 vom Hundert. Es liegt auf der Hand, daß diese in Friedenszeiten beschlossenen außerordentlich niedrigen Steuersätze unter den heutigen Verhältnissen der Gerechtigkeit kaum entsprechen. Neulich ging — um nur ein Beispiel von vielen zu erwähnen, ein Fall durch die Presse, in dem ein Mann durch glückliche Kartosselfelulation in wenigen Monaten 4½ Millionen Mark „verdient“ haben soll. Dieses aus der allgemeinen Volksnot „gewonnene“ Reichtum würde nach dem geltenden Gesetz, falls kein größeres Stammvermögen vorhanden ist, mit 2,50 vom Hundert, das heißt mit etwa 90 000 Mk. zu versteuern sein!

Der Fall ist keineswegs vereinzelt. Während des Krieges sind neue Millionenvermögen wie Pilze aus der Erde gewachsen. In der „Täglichen Rundschau“ berechnet der bekannte Steuerpolitiker Justizrat Bamberger (Müchtersleben), daß aus der Besteuerung der Kriegsgewinne 200 Millionen Mark zu gewinnen wären. Wir hatten diese Berechnung für allzu bescheiden. Alles wird darauf ankommen, wie hoch die Steuersätze bemessen werden, und da gibt es nach unserer grundsätzlichen Überzeugung überhaupt keine Grenzen nach oben, da heißt es einfach: Je mehr desto besser! Und je rascher, desto besser. Auch Bamberger weist darauf hin, daß eine Verzögerung des Entschlusses einen Zinsverlust für das Reich bedeutet, den er, nach seinen niedrigen Berechnungen, auf etwa 1 Million im Monat beziffert. Mit der Verzögerung wächst auch die Gefahr der Sinterziehung.

Darüber sagt Bamberger:

Jetzt, unter dem frühen Eindruck schnellen hohen Verdienstes, angelehnt des Erstes der Zeit und der allgemeinen Opferwilligkeit (?) werden viele der Pflüchtigen sich der Ueberzeugung von der Notwendigkeit und Gerechtigkeit der Abgabe nicht verschließen. Das beweisen eine Reihe von Zuschriften, die von Beteiligten eingegangen sind. Es liegt indessen in der Natur der Dinge, daß die Bereitwilligkeit zum Zahlen in demselben Maße abnimmt, je länger man sich im Besitz und unbeschränkter Verfügungsvollmacht befindet, je mehr die erhöhte Stimmung verschwunden, die Zeit des Krieges beilegt ist. Man bestärkt die Pflüchtigen geradezu in der einmal vorhandenen Neigung zur Sinterziehung, je länger man mit der Erhebung der Steuer zögert.

Ähnliches ist schon oft in der sozialdemokratischen Presse gesagt worden, aber von maßgebender Stelle hat man noch nicht einmal den Versuch gemacht, es zu widerlegen. Man beschränkt sich einfach aufs Abwarten. Herr Helfferich hat im Reichstag namens der verdrängten Regierungen erklärt, daß zurzeit von der Einführung besonderer Kriegssteuern abgesehen werden solle, da man dem Lande das Tragen der ohnehin schweren Kriegslasten nicht durch neue Steuern noch schwerer machen wolle. Das wäre vollkommen zutreffend, wenn es sich um neue den Massenverbraucher befallende Steuern oder auch um die Besteuerung kleiner Einkommen handeln würde. Es paßt aber wie die Faust aufs Auge, wenn man an die Unsumme der mühelos erworbenen Reichtümer denkt, die gerade aus den „schweren Kriegslasten“ entstanden sind, und darum nicht mit Rücksicht auf die „schweren Kriegslasten“ Schonung beanspruchen können.

Ein schleuniges Zugreifen wird auch nicht durch Schwierigkeiten der Gesetzgebung verhindert. In dem bestehenden Besitzsteuergesetz ist eine brauchbare Grundlage schon vorhanden, es bedarf nur geringer Änderungen, um das Gesetz den Erfordernissen der Kriegszeit anzupassen. Hierzu gehört neben einer Änderung des Erhebungstermins und der Heraushebung der Steuersätze auch eine besondere Berücksichtigung des durch Erbansfall entstandenen Zuwachses. Dieser muß nach dem bestehenden Gesetz gleichfalls besteuert werden, was, wie bekannt, für die rechte Seite des Reichstags ein Grund war, ihm lebhaft zu opponieren. Nun wird jedermann einsehen, daß der Krieg nicht der rechte Anlaß ist, die Erbschaftsteuer in der direkten Linie und zwischen Ehegatten zu erhöhen. Es wäre zwar schön, und wahrscheinlich im Sinne des Erblassers gehandelt, wenn die reichen Erben eines im Felde gefallenen Mannes einen erheblichen Teil ihres Ueberflusses an die Allgemeinheit zurückführten, doch ist ein solcher Idealismus kaum vorhanden. Das Gefühl waltet vor, daß man einer Familie, die einen der Ihren im Felde verloren hat, aus diesem Anlaß nicht auch noch höhere finanzielle Opfer zumuten sollte.

Ganz anders liegt aber die Sache bei den sogenannten „Lachenden Erben“, den Erben der weiteren Verwandtschaft. Der ihnen aus dem Erbansfall erwachsende Vermögenszuwachs darf genau so gut wie der während der Kriegszeit erworbene einer scharfen Besteuerung unterzogen

werden. Einer entsprechenden Ausgestaltung der Vermögenszuwachssteuer, die dem Reiche weitere bedeutende Einnahmen verhies, steht nicht das allermindeste im Wege.

Man kann vom fiskalischen Standpunkt einwenden, daß die zu erwartenden Erträge selbst bei verhältnismäßig großer Höhe gegenüber den Riesensummen, die der Krieg verschlingt, nicht allzuviel bedeuten. Aber irgendwo muß doch der Anschlag gemacht werden, die ungeheuren Summen wieder herzubringen und die Lasten, die dem Volke aus ihnen erwachsen, zu vermindern. Auf ein paar hundert Millionen verzichten, weil sie gegenüber dem Milliardenbedarf des Krieges eine verhältnismäßig geringe Rolle spielen, das heißt doch einfach eine Politik betreiben, die sich böse rächen würde.

Neben den rein fiskalischen kommen aber auch sittliche Gesichtspunkte in Betracht. Das Volk versteht es einfach nicht, daß man einer kleinen Minderheit gestattet, sich an seiner Not zu bereichern und daß man nicht einmal den Versuch macht, die durch und durch unethischen Kriegsgewinne an die Allgemeinheit zurückzuführen, sie zur Milderung der Not zu verwenden! Der Weg dazu ist gezeigt, wenn er nicht beschritten wird, so müßte solches passives Verhalten schärfste Kritik finden. Der Kapitalismus darf, wo er sich in seiner widerwärtigsten Gestalt zeigt, für die Steuererhebung, des Reiches kein Blümchen Rühmlichkeit sein.

### Der Reichstagschluß.

Am Sonntagabend ist der Reichstag bis zum 18. Mai vertagt worden, nachdem er das Budget mit allen gegen zwei Stimmen — Liebknecht und Kühle — angenommen hatte. 30 sozialdemokratische Abgeordnete hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen, weil sie der Meinung waren, daß die Fraktion den „gefakten Parteitagsschlüssen“ zuwiderhandle, wenn sie für das Budget stimmen würde. Formell sind diese Genossen zweifellos im Recht; hier kommt aber — ganz abgesehen davon, in welchen Zeitläufen wir uns befinden — in Frage, daß in dem Budget mit enthalten sind die Kriegskredite und die Mittel zur Unterstützung der Kriegerfrauen und Kinder. Doch das ist Ansichtssache; die Genossen waren der Meinung, daß sie nicht für das Budget stimmen konnten und haben deshalb, wozu sie nach den Beschlüssen der Fraktion das Recht hatten, den Saal vor der Abstimmung verlassen. Niemand wird ihnen hieraus einen Vorwurf machen können. Und einem späteren Parteitag wird es ja vorbehalten bleiben, zu entscheiden, ob die große Mehrheit der Fraktion richtig gehandelt hat oder nicht. Es liegt also unseres Erachtens gar kein Anlaß vor, in der gegenwärtigen Zeit hierüber in lange Erörterungen einzutreten und sich die Köpfe warm zu machen.

Anders dagegen verhält es sich mit den sonstigen unliebsamen Vorgängen, die einige Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion am Sonntagabend heraufbeschworen. Zunächst ist es außerordentlich bedauerlich, daß Ledebour seine Ausführungen über den ihm von der Fraktion gesteckten Rahmen hinaus ausdehnte. Hierzu hatte er gar kein Recht und was er sagte, war nicht nur faktisch unklar, sondern im jetzigen Moment unter allen Umständen verfehlt. Und es war sicher kein erhebendes Schauspiel, als Genosse Scheidemann im Auftrage des Fraktionsvorstandes seinen Kollegen abschütteln mußte. Sollte Ledebour das wirklich gar nicht bedacht haben? Er verfügt doch über die nötige Intelligenz, um die Konsequenzen seines Verhaltens übersehen zu können.

Entschieden zu verwerfen ist die unverständliche Haltung Liebknechts und Kühles bei der Schlußabstimmung. Sie hatten die parteiigenössliche Pflicht, sich den Beschlüssen der Fraktion zu fügen. Daß Kühle sich Liebknecht heigestellte, ist bezeichnend. Hat ihn vielleicht der „Ruhm“ Liebknechts nicht schlafen lassen? Der nächste Parteitag wird mit diesen Leuten ein ernstes Wort reden müssen.

#### Erklärung.

Die Fraktion hat am 2. Februar 1915 den Beschluß gefaßt, daß die Abstimmungen der Fraktion geschlossen zu erfolgen haben, soweit nicht für den einzelnen Fall die Abstimmung ausdrücklich freigegeben ist. Gläubt ein Fraktionsgenosse an der geschlossenen Abstimmung der Fraktion nicht teilnehmen zu können,

so steht ihm das Recht zu, der Abstimmung fern zu bleiben, ohne daß dies einen demonstrativen Charakter tragen darf.

Die Fraktion hat am 18. März beschlossen, daß die Abstimmung über das diesmalige Budget geschlossen zu erfolgen habe. Demgemäß verurteilt sie den, von den Fraktionsmitgliedern Liebknecht und Kühle, entgegen diesem Beschluß heute erfolgte Disziplinbruch aufs entschiedenste.

Berlin, 20. März 1915.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Kühle hat seine Abstimmung gegen das Gesamtbudget durch folgendes Schreiben an den Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags zu Händen des Genossen Haase begründet:

Werter Genosse, ich bitte Sie davon Kenntnis zu nehmen, daß ich heute bei der dritten Lesung des Stats in der Schlußabstimmung gegen diesen stimmen werde. Ich erachte die zu Budgetfrage vorliegenden Parteitagsschlüsse als in vollem Umfange zu Recht bestehend und für mich als bindend und bereite der Fraktion die Kompetenz, diese Beschlüsse zeitweilig außer Kraft zu setzen. Da die Parteitagsschlüsse zu positiver Stellungnahme, also zur Ablehnung des Stats verpflichtet, kann ich mich zu meinem Bedauern nicht dazu verstehen, mich vor der Abstimmung aus dem Sitzungssaal zu entfernen. Ich bitte Sie, diese meine Entschädigung der Fraktion zur Kenntnis zu geben.

Mit Parteigrüß

Otto Kühle.

20. März 1915.

Liebknecht hat aus denselben Motiven und in Konsequenz seiner früheren und diesmaligen Ablehnung der Kriegskredite auch gegen das Gesamtbudget gestimmt.

Vor der Abstimmung über das Gesamtbudget entfernten sich in Rücksicht auf die vom Genossen Kühle erwähnten Parteitagsschlüsse folgende Genossen aus dem Saale: Albrecht, Antrich, Baudert, Bernstein, Boe Brandes, Büchner, Davidsohn, Dittmann, Emmel, Fuchs, Gejer, Haase, Henke, Herzfeld, Hoch, Hofrichter, Horn, Krieger, Ledebour, Leutert, Peixotes, Raute, Schmidt (Weißer), Schwarz (Lübeck), Simon, Stadthagen, Stolle, Vogther, Zubeil.

### Von den Kriegsschauplätzen

Die beiden letzten Tagesberichte der Obersten Heeresleitung zeugen davon, daß die Lebhaftigkeit an den verschiedenen Fronten andauert. Leider mußte auch am Sonntagabend berichtet werden, daß die Russen in Memel besetzt haben. Das ist bedauerlich, nachdem man annehmen mußte, daß die Russen Ostpreußen nicht mehr behelligen würden. Hoffentlich dauert ihre „Herrschaft“ in Memel nicht lang.

Zum nicht geringen Schrecken der Pariser haben in der Nacht zum Sonntag Zeppelin-Luftschiffe Paris und der Eisenbahnknotenpunkt Compiègne mit Bomben belegt. Und das trotz aller getroffenen Sicherheitsmaßnahmen!

Die kühnsten Erwartungen sind diesmal übertrumpft worden durch das glänzende Resultat der Kriegsanleihe-Ziehungen. Nach den neuesten Meldungen haben die Zahlen 9 Milliarden Mark ergeben. Das ist sicherlich niemand vorausgesehen. Ob unsere Gegner hieran wohl etwas lernen werden?

Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ schreibt: Im britischen Unterhause stellte der Liberale Duff-Waith die unbequeme Frage an den Staatssekretär der auswärtigen, zu welcher Stunde am 2. August das britische Kabinett den Beschluß faßte, Frankreich zur See zu unterstützen, zu welcher Stunde am selben Tage die deutsche Regierung die Forderung stellte, den freien Durchmarsch deutscher Truppen durch Belgien zu gestatten. Der Fragesteller fügte hinzu: Wenn die genannte Entscheidung im britischen Kabinett am Morgen des 2. August gefallen ist und wenn die deutsche Forderung in Brüssel erst am Abend desselben Tages gestellt wurde, ist es dann korrekt, zu sagen, daß England nur wegen Verletzung der belgischen Neutralität in den Krieg mit Deutschland eingetreten ist? Der Sprecher antwortete, daß diese Frage schriftlich eingebracht werden soll. Inzwischen wollen wir die Frage schriftlich beantworten. Nach dem französischen Gelbbuch (Nr. 137) gab Gregoire am 2. August, und zwar „à l'issue du conseil des ministres tenu ce matin“ dem französischen Botschafter offiziell namens des britischen Kabinetts die Erklärung ab, daß

Eine Niederlage der Russen

Meldet das österreichische Hauptquartier vom 21. d. Mts.: In den Karpathen kam es gestern an der Front zwischen...

Der Seekrieg

Überfalliges Schiff. - Verstrafte Matrosen. Der Überdeener Dampfer „Überdeen“, 1000 Tonnengehalt...

Amerika und Holland gegen Englands Vorgehen. Das Kabinett zu Washington beriet die Note, die an England...

Beschlagnahme Schiffe. Die Engländer haben den amerikanischen Dampfer „Midas“...

Zur Vernichtung des Kreuzers „Dresden“ wird berichtet: Der Kreuzer lag in der Cumberlandbucht...

Die Kämpfe im Orient

Zum Kampf um die Dardanellen liegen äußerst viele Nachrichten vor, die alle mehr oder weniger...

Neue Operationen

und zwar die gefährlichsten, sollen nach englischen Berichten jetzt beginnen. Die Flotte muß in die Dardanellen eindringen...

en Versuch machen sollte, in den Kanal einzufahren oder die Nordsee zu passieren. Das diese Erklärung nach Paris übermittelte Telegramm wurde noch am gleichen Tage von dem...

Bermutlich aus Liebe zum Jaren hat die französische Regierung wieder einmal das in Paris erscheinende russische...

In den Karpathen toben heftige Kämpfe; eine Niederlage ist im Gange. Nach den bisherigen Meldungen wurden...

In London herrscht angesichts der schweren Verluste der Verbündeten bei den Dardanellen-Kämpfen eine niederschlagene Stimmung.

In China herrscht in einzelnen Städten eine begeisterte Stimmung für einen Krieg mit Japan.

Der gestrige Tagesbericht

133. Großes Hauptquartier, 21. März. (Amtlich.) Reichlicher Kriegshauptplatz. Südlich von Sperrn wurde ein...

Auf der Kathedrale von Soissons, welche die Generalkriegsflagge trug, wurde eine französische Beobachtungsstelle...

In der Champagne, nördlich von Beau-Sejour trieben unsere Truppen ihre Sappen erfolgreich vor und hielten mehrere...

Die von 2 Alpenjäger-Bataillonen tapfer verteidigte Kapuzenklause auf dem Reichsaderkopf wurde gestern nachmittags...

Um die Antwort auf die Untertan französischer Flieger in der neuen elsässischen Stadt Schlettstadt einbringlicher zu gestalten...

Reichlicher Kriegshauptplatz. Zwischen Smulen und Orze wurde ein russischer Angriff abgelehnt, wobei wir zwei Offiziere...

Zwei russische Nachschiffe bei Tschorsozel brachen in unserer Feuer zusammen.

Oberste Seeresleitung

Die Flüsse Smulen und Orze lassen in Nordpolen zwischen den Orten Pratznyk und Ostrolenta.

Gegen Frankreich und Belgien

Ein Zeppelinangriff auf Paris

Erfolgte in der Sonntagnacht. Es erschienen zwei Zeppeline um 1 Uhr 20 Minuten und warfen 14 Bomben ab.

Fliegerangriff auf einen französischen Neutraltzug

Es wird berichtet, daß in der vorigen Woche ein Neutraltzug mit Kohlen auf der Fahrt von Gronow...

gungen auf der Landseite offen sind. Die Niederlegung der Forts auf der asiatischen Seite würde vereinfacht werden...

Sechs Linienschiffe sind Sonnabend wiederum in die Dardanellen eingelaufen. Das Wetter behinderte ein energisches...

Das Mißgeschick der Engländer

Der britische Admiral Carden, der des Oberbefehls in den Dardanellen entlassen worden ist, schreibt das letzte Mißgeschick...

Nach Londoner Meldungen aus Athen überführten die Türken eine Anzahl großer Kanonen nach den Dardanellen...

Die Seeresmacht an den Dardanellen

Nach zuverlässigen Meldungen sollen 40 000 türkische Soldaten bei Gallipoli stehen, 80 000 auf dem übrigen europäischen...

Die Besetzung der Insel Lemnos

durch französische und englische Truppen hat in Neugriechenland großes Aufsehen gemacht. Es wurde zwar versucht, die Nachricht...

Der Heilige Krieg

Khartum soll seit Mitte Februar von etwa 60 000 Mohammedanern aller möglichen Stämme, die unter dem Oberbefehle...

Persien und Rußland

Die persische Regierung ersuchte erneut Rußland, die Provinz Aserbeidjan von den russischen Truppen zu räumen.

Allerlei Kriegsnachrichten

Die Preussische Verlustliste Nr. 179

- enthält folgende Truppenteile: Infanterie usw.: Garde-Regiment; 2. Garde-Regiment; Grenadier-Regiment; Jäger-Regiment; Artillerie; Kavallerie; etc.

Wir haben hervor: Kriegskriegsbericht...  
Lübeck, verwundet: (Grenadier-Reg. 3. Gefechte am 8. Sept. 29. Okt., 1. bis 17., 20. bis 28. Febr. und 2. bis 10. März). Muskettier Friedrich Kollhake, Offizier, Fürstentum Lübeck, leicht verwundet, bei der Truppe. Inf.-Reg. 57. Gefechte am 23. Sept., 20. Dez., 13. Januar, 10. bis 26. Febr.) — Muskettier Gustav Moll, Lübeck, leicht verwundet; Wehrmann Wilhelm Lehmann, Lübeck, schwer verwundet (Inf.-Reg. 58. Gefechte vom 17. 19. 21. und 27. Febr. und 2. bis 8. März.) — Wehrmann Gustav Timm, Rapsbuta, leicht verwundet (Landwehr-Inf.-Reg. 85. Gefechte vom 24. Febr. bis 7. März.) — Gefreute d. 2. Bataillon d. 1. Lübeck, schwer verwundet; Reservist Paul Steffen, Dalsdorf, Herzogt. Lauenburg, getötet in einem Kesselschlag am 20. Febr. (Grenadier-Reg. 59. Gefechte am 12., 16., 20. und 28. Febr., 2. 3., 6., 7. und 9. bis 11. März.) — Musiker Rud. Wolff, Warendorf II, Kr. Segeberg, leicht verwundet; Musiker Ludw. Johannes Heinrich Wackerhoff, Lübeck, verwundet (Inf.-Reg. 152. Gefechte am 18., 26. und 28. Februar und 2. bis 6. März.) — Vizekommandeur Ludwig Heine, Schönberg, leicht verwundet (Grenadier-Reg. 5. Gefechte vom 1. bis 7. März.) — Reservist Heinrich Behrke, Ahlbeck, Fürstentum Lübeck, leicht verwundet; Reservist Karl Feddern, Schönberg, leicht verwundet; Reservist Wilhelm Frank, Bornstedt, Lübeck, leicht verwundet; Reservist Hugo Knoke, Lübeck, Herzogtum Lauenburg, leicht verwundet; Reservist Wilhelm Dietrich, Lübeck, getötet; Reservist Ernst Werner, Storfriede im Lübeck, leicht verwundet (1. Pioneer-Bataillon Nr. 27. Gefechte am 24. Jan. und vom 16. bis 24. Febr.).

**Verurteilung deutscher Soldaten in Frankreich.**  
In Bordeaux verurteilte das Kriegsgesicht der 18. Region wieder 7 deutsche Soldaten, die angeblich Diebstähle von Wertgegenständen in Frankreich und Belgien begangen haben. 1 davon erhielten drei Jahre, 2 ein Jahr und einer ein halbes Jahr Gefängnis.

**Der Kolonialkrieg.**  
Aus Kapstadt meldet Reuters amtlich: Unionstruppen besetzen die deutschen Stationen Damignab, Rabas, Heirachabis, Akamas, Jerusalem, Schuitdrift und Belpoor in der Südoftküste von Deutsch-Südwestafrika.

**Über das Verhältnis zwischen Japan und China.**  
Liegen die verschiedensten Meinungen vor. Nach einer räumlichen die Chinesen den Japanern das erste Anrecht auf die Übernahme einer chinesischen Anleihe im Ausland ein und erklärten sich ferner bereit, bei Ernennung ausländischer Ratgeber als Vizekonsuln die Japaner zu bevorzugen. Als Entschädigung für das von den Japanern beanspruchte Recht, in der Südmandschurie, Ostmongolei und in der japanischen Mandchurie anzuwandeln und dort Handel treiben und zollfrei zu betreiben, erbot sich die Chinesen, eine Anzahl neuer Vertragsstellen eröffnen zu lassen. Die Japaner nahmen das Angebot an, versuchten aber, auch die erste Forderung durchzusetzen.

In Peking ist man sehr beunruhigt, daß 30.000 Japaner, begleitet von einem Kriegsschiffgeschwader, nach China abgefahren sind. In Tientsin landeten vorige Woche zwei Bataillone Japaner. Eine Kundgebung mehrerer tausend Eingeborener verlangte in Schanghai den Krieg gegen Japan, da es besser sei, auf dem Schlachtfeld zu sterben, als die Sklaven Japans zu werden.

Amerika hat in Tokio und beim japanischen Vizekonsul in Washington ein außerordentliches Memorandum überreicht, worin es sich dringlichst auf das Abkommen vom 30. November 1908 bezieht, wonach eine offene Aussprache zwischen den beiden Regierungen über alle den Stillen Ozean betreffenden Fragen gewährleistet und ferner die Tatsache nachdrücklich betont wird, daß Amerika beabsichtigt, alle Vertragsbestimmungen zwischen sich und China nachdrücklich wahrzunehmen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Die Budgetkommission des Reichstags**  
beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung auch mit der Kartoffelfrage. Die Regierung stimmte der Forderung zu, durch behördliche Eingriffe eine bestimmte Menge Kartoffeln für die größeren Städte und industriellen Bevölkerungszentren sicherzustellen. Die Kommunalverbände sollen bei dieser Beschaffung mitwirken, doch soll dem freien Handel möglichst große Bewegungsfreiheit gelassen werden. Eingehender Erörterung wurden die erforderlichen Maßnahmen unterworfen, die der übermäßigen Kartoffelnerfütterung an Schweine begegnen und zugleich damit die künftige Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch fördern sollen. Regierungsseitig wurde dargelegt, daß die Zentral-Einkaufsgesellschaft andauernd bestrebt sei, erhebliche Mengen von Schweinen durch eine große Zahl von Aufkäufern in den Schweineproduktionsgebieten zu erwerben. Die Schweine würden teils in den eigenen Betrieben der Gesellschaft zu Gefrierfleisch, Konserven und Dauerware verarbeitet, bis ein Bestand von etwa 2 bis 3 Millionen verarbeiteter Schweine erreicht sein würde, teils an die Gemeinden zur Abschachtung und Verarbeitung abgegeben. Durch diese Abschachtung sei mit einer Verminderung des Schweinebestandes um 7 bis 8 Millionen zu rechnen. Man war sich in der Kommission darin einig, daß mit allem Nachdruck auf eine Verminderung des Schweinebestandes hingearbeitet werden müsse, warnte aber vor übereiltem und planlosem Vorgehen. Die Regierung erklärte, daß für freihändig von der Zentral-Einkaufsgesellschaft gekaufte Schweine Zuschläge über die vom Bundesrat festgesetzten Enteignungsrichtpreise gewährt würden, die für geringere Gewichtsklassen entsprechend höher bemessen wären. Der in der Kommission hervorgetretenen Auffassung, daß diese Zuschläge in ihrer Höhe und in ihrem Steigerungsvverhältnisse nicht ausreichend seien, wurde von anderer Seite widersprochen im Hinblick auf die auch durch teure Futtermittelpreise nicht gerechtfertigte übermäßige Erhöhung der Lebensmittelpreise. Die von der Kommission gewünschte Beteiligung des Reichs an dem aus der Umwandlung von Schweinen in Dauerfleisch den Gemeinden erwachsenden Risiko wurde regierungsseitig erneut zugesagt.

### Erstwahl zum preussischen Landtage.

Bei der am Freitag vollzogenen Erstwahl zum preussischen Landtage im Wahlkreise Lissa-Frankfurt wurde Oberbürgermeister Pohlmann (Kattowitz) mit 314 Stimmen gewählt. Der neugewählte Abgeordnete gehört der fortschrittlichen Volkspartei an.

**Keine Beschlagnahme des englischen Schiffs in Japan.**  
Der Prinz Ludwig Battenberg, der ehemalige Oberstkommandierende der englischen Flotte, ist in Hesse geboren und ein naher Verwandter des Großherzogs. Er besitzt auch größere Besitzungen im Großherzogtum, u. a. das Schloß Heiligenberg bei Jüchenheim an der Bergstraße. Der Abgeordnete Dorf (Bauernbund) hatte nun beantragt, das Schloß Heiligenberg zu beschlagnahmen. Die hessische Regierung betonte, daß das Schloß nicht alleiniger Besitz des Prinzen sei und außerdem seinen Ertrag liefere, sondern noch einige tausend Mark jährlichen Zuschuß gebrauche. Ferner sei zu berücksichtigen, daß der Prinz naturalisierter Engländer geworden sei; einer Beschlagnahme stünden auch völkerrechtliche Bedenken entgegen. Der erweiterte Finanzausschuß der Zweiten Kammer lehnte den bauernbündlerischen Antrag mit großer Mehrheit ab.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 22. März.

**Frühlingsgedanken!**  
Wie oft haben wir's schon erlebt? Der Frühling kommt sodann und warm über die tauenden Felder, das junge Saatgrün sproßt hervor, unter den Heden wehen zarte Anemonen und kleine, schlichtere Weiden verraten ihr Versteck durch köstlichen Duft. Die Schwalbe und der Storch bestechen die gewohnten Nester und an den Obstbäumen hühen die Krühen, die Pfaffen und Aprilstörche. Männelein und Weiblein lustwandeln wieder in der Sonne, ältere Frauen trauen sich aus den wohl durchwärmten Stuben, und das helle Geschrei spielender Kinder mischt sich mit dem Jubel der Sinken und Drosseln.

Frühling! singt's in den Herzen der Arbeiterjungen und -mädchen und ihre Augen lächeln. Frühling singt's in der hoffenden Brust des Kranken, und auch die abgegriffenste Profetierermutter, der sorgenvollste Arbeitervater spürt in stillen Minuten etwas von der befreienden, lösenden Kraft des Frühlings. Dann aber kommt ein Tag, wie der Freitag. Böse Nordwinde haben die Luft rau und kalt gemacht, die Sonne verbirgt sich hinter Wolken, und wenn die Menschen am nächsten Morgen aus den Häusern treten, sind die Wege hart gefroren. Grauer Reif deckt die Wiesen, an den Sträußern und Bäumen hängen die zarten Blättchen und rothen Blüten schlief und verbrüht. Auch dort, der keine Bäume besitzt, keinen Garten kein Feld sein eigen nennt, stimmt die plötzliche Vernichtung traurig. — Nun ist alles verdorben, klagen die Menschen, so viel Schönheit, Blüten, so manche Hoffnungen und Freude.

Es ist ein Reif in der Frühlingsnacht... Und wieder einige Tage. — Da ist der Reif geschmolzen, die kalten Winde haben sich gelegt, ein warmer Regen wäscht die letzten Spuren von Eis und Schnee aus den Feldern. Als wolle die Natur das Verfallene nachholen, so häufig schwellen jetzt die Krühen, die Kräher treiben in die Höhe und mit dem ersten Sonnenstrahl brechen tausende neuer Blüten auf. Jubelnd ruft der Frühling den Mächten des Winters zu: Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!

Wag im Leben der Völker wechseln Winter und Frühling, schwebende Wärme und tödender Frost. Als vor hundert Jahren das deutsche Volk aufstand, um die Fremdherrschaft abzuschütteln, als die geängsteten Fürsten ihren Untertanen die bürgerlichen Freiheiten, die Verfassung und die Volkswehr verpfändeten, so war ein warmer Vorfrühlingstag in Deutschland. — Ein Vorfrühlingstag — denn das deutsche Volk wurde schließlich enttäuscht. Auf die Freiheitskriege folgte der Frostschaden gebrüchlicher Verpfändungen, der Feilschen Allianz, der Demagogischeren, der Knebelung jedes freien Wortes, fast jedes Gedankens. Damals schmachteten die besten Kräfte Deutschlands und seine leuchtenden Hoffnungen in den Kerker und auf den Festungen. Ein Frost hatte viele Hoffnungen zerstört.

Aber der Frühling rührte sich unter der Decke. Die Geister der Kritik ließen sich nicht bannen. Je entwickelter das gewerbliche Leben wurde, desto unerträglicher schienen die Fesseln des Absolutismus, der Feudalrechte und des Junktums. Die Märzstürme des Jahres 1848 brauften über ganz Europa, ein Zeichen der wachsenden internationalen Zusammenhänge. Wundervoll kennzeichnet ein kleines Naturgedicht Ludwigs Ahlands die Stimmung jener gärenden Zeit:

Stroh, wie brauset der Sturm und der schwellende Strom durch die Nacht hin!  
Schaurig süßes Gefühl! Lieblicher Frühling, du nahl!

Mächte auch in diesem Jahre der Frühling für das deutsche Volk andere, bessere Zeiten bringen; möchten nach den Tagen des Frostes Tage der Wärme kommen und möchte kein Frost die Hoffnungen zerstören, die das Volk jetzt auf die Zukunft setzt.

**Die Versammlung der Bürgerchaft, welche am Donnerstag, dem 25. März 1915, abends 6 Uhr, stattfand, hat folgende Tagesordnung zu erledigen:** 1. Mitteilungen des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Fernere Unterstützung der katholischen Schule. 2. Abänderung des Rat- und Bürgerausschusses vom 2. November 1914 wegen Verärgerung des Abschnittes XIX A der Ausgabenliste des Voranschläges für das Rechnungsjahr 1914 u. w. d. a. 3. Festsetzung des Zuschusses der Betriebsbehörde zu den Bureaukosten der Steuerbehörde und Übertragung der Verwaltung der Brandversicherungsanstalt von der Betriebsbehörde auf die Steuerbehörde. 4. Feststellung der im Rechnungsjahre 1915 auszuführenden Pflasterungs-, Wege- und Gielearbeiten. 5. Revision des Vermögensverzeichnisses. 6. Bewilligung von 10.000 Mk. für die Ermittlung des Brandschiffers auf den Holzlagerplätzen. 7. Ratifikation eines Zusatzvertrages zu der auf das Hanseatische Oberlandesgericht bezüglichen Abereinbarung. 8. Bewilligung von 75.000 Mk. für außerordentliche Ausgaben des Polizeiamtes in Anlaß des Krieges. 9. Weitergewährung von Waisenrenten für die Söhne des früheren Oberfeuerwehrmannes Neustadt. 10. Voranschlag der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten für das Rechnungsjahr 1915. 11. Voranschlag der Verwaltungskosten des Hauptkolonialamtes für das Rechnungsjahr 1915. 12. Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1915.

**Liebesgaben für die Armee.** Die Abfindung von Liebesgaben einzelner Spender an einzelne Regimenter usw. bringt die Gefahr einer schon oft beklagten unregelmäßigen Verteilung mit sich. Es ist deshalb erforderlich, daß Liebesgaben nur durch die Vermittlung der an den Landesgrenzen befindlichen Sammelanstalten im Osten und Westen je nach Bedarf an die betreffenden Truppenteile geschickt werden. Diese Sammelanstalten werden von den zugehörigen Truppenteilen dauernd über die Bedürfnisse an Liebesgaben unterrichtet und geben ihrerseits alle Wünsche derjenigen Truppen, die aus dem hiesigen Korpsbezirk stammen, an den Korpsbezirksdelegierten des IX. Armeekorps, Herrn Senator Marlow, Altona, Rathhaus, weiter. Dieser unterrichtet sodann die Delegierten der freiwilligen Krankenpflege von den aus der Front eingegangenen Wünschen.

Im hiesigen Korpsbezirk kommen folgende Delegierte in Frage:

1. für Schleswig-Holstein der Oberpräsident Erzellenz von Moltke, Schleswig;
  2. für die Großherzogtümer Mecklenburg Staatsminister a. D. Erzellenz Graf von Bassowitz-Lerchow, Schwerin;
  3. für Hamburg Herr Max Schindler, Hamburg, Adolphsbrücke Nr. 10;
  4. für Bremen Senator Hildebrand, Bremen, Rathhaus;
  5. für Lübeck Senator Kulenkamp, Lübeck.
- welche das Publikum durch die Zeitungen fortlaufend über die jeweiligen Gaben, die jeweilig besonders erwünscht sind, in Kenntnis setzen können.

erster Vize von den Geboren verabschiedet werden. Die sammelnden Organisationen und Privatpersonen werden gebeten, ihre Liebesgaben entweder durch Vermittlung des Delegierten ihres Bezirks bei dem Korpsbezirksdelegierten in Altona anzumelden oder diese Gaben (besonders, wenn es sich um kleinere Mengen handelt) direkt an die Altonaer Poststelle II, Altona, Bahnhofsstraße 17, zu senden. Der letzteren Stelle unterliegt gemäß den Weisungen des Korpsbezirksdelegierten die Weiterbeförderung der gesamten Liebesgaben aus dem hiesigen Korpsbezirk an die eingangs erwähnten Sammelanstalten.

Alle Geber werden sich daher den Dank unserer Truppen erwerben, wenn sie den vorstehend beschriebenen Weg einhalten, da nur auf solche Weise eine gerechte Verteilung und eine rechtzeitige Zuführung an die Stelle des Hauptbedarfs gewährleistet wird. Der stellvertretende kommandierende General: v. Koch, General der Artillerie. Marlow, der Korpsbezirksdelegierte.

**Folgende Verordnung erläßt das stellvertretende General-Kommando:** In der Zeit vom 25. März (Palmsonntag) bis 4. April (ersten Osterfeiertag) 1915, beide einschließl., dürfen lärmende Lustbarkeiten, insbesondere Karussellbetriebe, nicht stattfinden. Zuwiderhandlungen werden, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. (Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. VI. 1851.).

**Abgabe der Fahrradabgabe.** Die nach dem Gesetz vom 18. März 1899, betreffend die Herstellung und Unterhaltung von Radfahrwegen, jährlich im voraus zu entrichtende Fahrradabgabe für das Jahr — 1. April 1915 bis 31. März 1916 — ist in der Zeit vom 1. bis 15. April d. J. an den Werktagen vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr an der Kasse des Polizeiamts (Mensingerstraße Nr. 41) zu zahlen. Die Abgabe — Mk. 3,00 — wird auch schon jetzt in den vorerwähnten Geschäftsjahren entgegen genommen. Einzelne Anträge auf Ermäßigung der Abgabe auf Mk. 1,00 (§ 5 des zweiten Nachtrages vom 12. Februar 1908 zu dem Gesetz vom 18. März 1899) sind ebendortselbst zu stellen unter Vorlegung des Einkommensteuerzettels.

**Vom Einigungsamt der Kriegshilfe.** Man schreibt uns: In der am Donnerstag abgehaltenen Hauptversammlung des Haus- und Grundbesitzer-Vereins wurden von beteiligter Seite folgende nicht uninteressante Mitteilungen über das auf Vorschlag des Herrn Rat Dr. Sint zu einem Einigungsamt der Kriegshilfe ausgearbeitete bisherige Einigungsamt für Mietstreitigkeiten gemacht. Die Aufgabe dieses neuen Amtes ist nun, das Güterverfahren auf allen Rechtsgebieten auszuüben. Durch die Verbindung des Amtes mit der Kriegshilfe für Erwerbslose und mit dem öffentlichen Arbeitsnachweis ist es möglich geworden, in fast allen Fällen dauernd helfend einzugreifen. Beachtenswert ist die Bekanntmachung über die Einigungsämter, welche am 15. Dezember 1914 vom Bundesrat erlassen worden ist. Diese Verordnung ist durch den Senat auch für das hiesige Einigungsamt in Anwendung gebracht worden. Eine der wichtigsten Bestimmungen ist die über den Einigungsamt, nach welchem die Beteiligten auf Erfordern des Einigungsamtes verpflichtet sind, vor diesem zu erscheinen und Auskunft zu erteilen. In der Debatte wurde bemerkt, daß dem Vermittler das Verfahren beim Einigungsamt noch nicht unpathisch sei, weil gar leicht die Entscheidung zu Gunsten des Mieters getroffen werde. Doch auch diese Bedenken wurden getilgt und an Beispielen wurde dargestellt, wie ein Verhandlungstermin verläuft und was erst nach alleiniger Klärung der Rechtslage und Anhörung von Sachverständigen die Einigung herbeigeführt wird. Die Praxis zeigt hier nun gerade, daß wohl reichlich ebenso viel Fälle zugunsten des Vermieters als des Mieters entschieden worden sind. Aus den Ausführungen wurde der Eindruck gewonnen, daß das Einigungsamt nicht nur während des Krieges eine leistungsfähige Tätigkeit entfaltet, sondern daß es auch nach dem Krieg eine Einwirkung sein wird, die nicht allein den inneren Frieden in unserm Wirtschaftsleben fördern, sondern auch erzieherisch wirken kann.

**Schiffsbrandung.** Wie aus Köhne gemeldet wird, ist am Freitag an der Nordbucht von Bornholm der Lübecker Dampfer „Luba“ getrandert. Die Mannschaft wurde gerettet. Schiff voll Wasser. Dänische Vergungsdampfer versuchen sturmeshalber vergeblich, Schiff zu erreichen.

**Zum Besten des Lübecker Lazarettzuges Nr. 1** findet am Donnerstag, 25. März 1915 im Kolosseum ein Wohltätigkeitsabend statt. In Anbetracht des guten Zweckes wollen wir schon heute auf diesen Abend hin und bemerken, daß Eintrittskarten bei den Mitglidern der Lübecker Sanitätskolonnen und in der durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen zu haben sind.

**Zwei Schinken gestohlen.** In der Nacht vom 20. zum 21. ds. Mts. sind von der Diele eines an der Dorfstraße gelegenen Hofes zwei geräucherter Schinken im Gesamtgewicht von 40 Pfd. abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

**ph. Gestohlene Uhr.** Am 13. ds. Mts. ist im Allgemeinen Krankenhaus eine Doublet-Herren-Kemontouruhr gestohlen worden. Im Innern eines Uhrendekels befindet sich die Inschrift „5 Jahre Garantie Müller Hamburg Kieperbahn“.

**ph. Fehler und Stehler.** Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiger Handlungsgeselle, der angeblich von zwei Maschinen eines im hiesigen Hafen verkehrenden Dampfers einen Block Zinn im Werte von 300 Mark geklaut hat, von dem er den Umständen nach annehmen mußte, daß er auf unrechtmäßige Weise in die Hände der Verkäufer gelangt war. Er veräußerte ihn wieder an einen hiesigen Händler. Die beiden Maschinenisten werden sich wegen Diebstahls zu verantworten haben.

**ph. Taschendiebin.** Ermittelt und festgenommen wurde eine vielfach, zuletzt mit 5 Jahren Zuchthaus vorbestrafte Frau, die auf dem Bahnhofsplatze gelegentlich des Ausmarsches von Truppen am 20. ds. Mts. einen Taschendiebstahl ausführte. Es konnte ihr ferner nachgewiesen werden, daß sie sich bei der Firma Rudolph Kasstadt auch des Diebstahls an Kleidungsstücken schuldig gemacht hat. In ihrem Besitze wurden noch einige Portemonnaies vorgefunden, über deren rechtmäßigen Erwerb sie sich nicht auszuweisen vermochte.

**Stadtheater.** Man schreibt uns: Von der Mannheimer Hoftheater-Intendantin wird sodann mitgeteilt, daß Herr Kapellmeister Wilhelm Furtwängler als Grund der „Fidelio“-Aufführung am hiesigen Stadtheater auf 1. Kapellmeister und Leiter der Oper an das Hoftheater engagiert worden ist. Das Lübecker Publikum wird demzufolge nur noch einige Male Gelegenheiten haben, Herrn Kapellmeister W. Furtwängler als Dirigentenpult zu sehen. — Die „Fidelio“-Aufführung wird Dienstag, am 23. d. M. mit Herrn Günther aus Hamburg als „Florestan“ und Herrn Furtwängler als Dirigenten wiederholt.

**h. Renefeld.** Gemeinderatsitzung vom 20. März. Die Chauffeurarbeiten der Dorfstraße in Gr. Parin sollen ausgeführt werden und möglichst an einen Unternehmer vergeben werden. Mit einem geschädigten Anlieger dieser Straße soll die Wegelkommission unterhandeln. Bezüglich der vom Gemeinderat bei der Regierung beantragten Auslegung der Amortisation unserer Anleihen während des Krieges fordert die Regierung Namhaftmachung der einzelnen Positionen. Diese setzen sich folgendermaßen zusammen: für die Armenkasse 21.460 Mk., für die Schulmeisterei a) 14.440 Mk., b) 600 Mk., c) 18.930 Mk. und für die Gemeindefasse a) 685 Mk., b) 4900 Mk., c) 4000 Mk.; im ganzen 63.015 Mk., ohne die Anleihe zur Unterstützung der vom Krieges Betroffenen in Höhe bis 25.000 Mk. Gläubiger ist der Spar- und Vorschuß-Verein Schwartau. Mitgeteilt wurde, daß Arbeitermangels halber, der sich jedenfalls fühlbar machen wird, nach Ansicht der Regierung, den Kindern der letzten beiden Schuljahre in dringenden Fällen ausgiebiger Urlaub gewährt werden soll. Weiter sollen, da der 100. Geburtstag Bismarcks in die Schulferien

namte Payer von am 27. 05. 1915. geteilt werden. Der Rechnungsführer soll bis Mitte Mai mit dem Abschluß der Rechnungen befristet werden. Zu Rechnungsprüfern wurden bestellt der Herr Rüdiger sowie die Herren Reimer und Mintz. Verschiedene Steuerfächer, die in den meisten Fällen zugunsten der Antragsteller ausfielen, bildeten den Gehalt der Verammlung.

**Kaffee.** Kartoffeln über Höchstpreise. Unser Kaffee-Parteiblatt, die „Medienburgische Volkszeitung“, berichtet:

Im „Kaffee-Anzeiger“ ist folgendes Kurat zu lesen: „Kartoffeln kaufe über Höchstpreise alle Sorten, Kaffee vorher, große Vorkasse, persönliche Abnahme, Aufkäufer gesucht. Telegramm-Adresse: Eisenhardt, Gifhorn.“

Und angesichts solcher Kartoffel-Spekulation und solcher offenen Preistreiberien in Keim ist es fast immer noch keine Verschlagnahme der Vorräte? Wann endlich soll dem Treiben der „Über-Höchstpreise“-Spekulanten ein Damm entgegengelegt werden?!

## Theater und Musik.

**Stadttheater.** Othello. Oper in 4 Akten von Verdi. Spricht von mir als einem, der nicht weise war, doch zu sehr geliebt; von einem, nicht leicht Eifersüchtigen doch wenn er's einmal ward, — auf's Auerliche, so charakterisiert sich der Schalksprache Othello selbst nach dem Morde seiner Desdemona und so ist auch der Grundzug seines Charakters in Verdis Oper, deren Handlung ein geschickter Auszug aus dem Trauerspiel des großen Viten bildet. Im späteren Alter ist der große italienische Meister an die ungeheure schwierige Komposition dieses gewaltigen Stoffes herangetreten, und zwar in der für seine Einwirkung bedeutamen Anwendung des Wagnerischen Wagners, daß die Musik der gesteigerten dramatischen Ausdruck sein soll. Für die Gemaltheit, die sie zeugt es, daß ihm auch dies in hervorragender Weise gelang, ohne daß die Schönheit des ganzen Werkes dadurch litt. Im Gegenteil: sie wurde so vertieft und vertieft. Der Leitung unserer städtischen Bühne gebührt deshalb wärmster Dank dafür, daß sie diese Oper in ihren Kriegsspielplan aufnahm und daß sie dieselbe in bester Form herausbrachte. Herr Kapellmeister Dr. Pratorius hatte die Einstudierung auf das sorgfältigste besorgt und brachte den musikalischen Teil in wirkungsvoller Weise, sein abgefeimter zur Geltung. Auch auf der Bühne waren die entsprechenden Kräfte auf den rechten Platz gestellt worden. Herr Jahn sang und spielte die Titelpartie mit Leidenschaft und wachte auch dem gesanglichen Ausdruck in Eifer und Liebe inneres Empfinden beizumischen. Lichtlich und rührend war die Desdemona des Fr. Steinweg, deren natürliche dramatische Begabung sich unaufdringlich entfalten konnte. Als Iago, der das böse Element wichtig verkörperte, betätigte sich Herr Helmut-Pel besonders im Glaubensbekenntnis und Rachechwur des zweiten Aktes. Die kleineren Partien waren bei Fr. Meisner (Emilia) und Herrn Kreischer (Cassio) bestens aufgehoben. Der Chor war im ersten Akt zu schwach, um recht durchzudringen. Herr Röldechen sorgte als Regisseur für lebendige Szenenführung. Reicher anhaltender Beifall lohnte alle Mitwirkenden. P. L.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Ein Opfer des Alkohols.** Eine Rechtfertigung der einschneidenden Maßnahmen der Militärbehörden bezüglich des Alkoholkonsums bedeuert die zahlreichen militärischen Verhandlungen, in denen Ausschreitungen zur Aburteilung kommen, die unter dem Einfluß des überreichlichen Alkoholgenußes verübt wurden. Um einen verurteilten Fall handelt es sich in der Strafsache gegen den 24jährigen, bisher völlig unbescholtenen Reservisten Otto Reimann, R., von Beruf Zuschläger, wurde am 10. August mit der 10. Kompanie des hannoverschen Infanterieregiments Nr. 74 ins Feld geschickt und ist bei Lütich, Charleroi und Reims. Bei einem Schützengrabeneinsatz trug er einen Wundenbruch davon, zu dessen Heilung er in ein Reservelazarett in Hannover kam. Nach seiner Wiederherstellung wurde er dem

postum er wieder mit ins Feld. In letzterem Zuge war er in jener großen Herzensstunde in der Stadt mehr herumgetrieben, als ihm gut war — neben neun halben Litern Bier will er schon am Vormittag eine erhebliche Menge Schnaps zu sich genommen haben. Als er dann mit seinem Transport auf dem Kasernenhofe antrat, verfiel er in seinem angekränkelten Zustande allenthalben Ungehörigkeiten. Er stand mit Blumen im Munde im Glibe und ahmte die Kommandorufe des Adjutanten nach, während er im übrigen dessen Befehle ignorierte, auch dem Feldwebel gemühtlich auf die Schulter klopfte und zu ihm sagte: „Wir wollen das Kind schon schaukeln.“ Schließlich wurde wegen seines peinlich wirkenden Benehmens ein Unteroffizier mit seiner Festnahme beauftragt, der er so heftigen Widerstand entgegensetzte, daß bei der Abführung noch ein Unteroffizier und ein Bizefeldwebel assistieren mußten. R. kam an diesem Tage natürlich nicht ins Feld, dagegen bekam er eine Anklage wegen Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft. Das Kriegsgericht der Landwehr-Inspektion Hannover, das zu seinen Gunsten annahm, daß er an dem kritischen Tage sinnlos betrunken war, hat ihn unter Freisprechung von den Anklagepunkten lediglich wegen Untauglichmachung zur Ausführung seiner Dienstverrichtungen (§ 151 des Militär-Strafgesetzbuches) zu vier Wochen strengem Arrest verurteilt. Hierbei hat sich der Angeklagte beruhigt, dagegen erhob der Gerichtsherr Berufung unter Bemängelung des freisprechenden Teiles des Erkenntnisses. In der Verhandlung der Berufung, die am 18. d. M. vor dem Oberkriegsgericht des stellvertretenden 10. Armeekorps stattfand, erklärte der hinzugezogene Sachverständige, Nervenarzt Dr. Heine-Hannover, daß nach seiner Überzeugung der Angeklagte vielleicht in gesteigertem Affekt handelte, aber nicht sinnlos betrunken war, so daß von einer der Straffreiheit bedingenden Zubilligung des § 151 des Militär-Strafgesetzbuches keine Rede sein könne. Dagegen äußerte der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. Poppelbaum, der die Verurteilung der Berufung des Gerichtsherrn beantragte, die Meinung, daß entschieden eine starke Beeinflussung der Handlungen des Angeklagten, der doch sonst eine vorzüglichen Eindruck machte, durch den Alkoholgenuß vorliege und der Sachverständige in seinem Gutachten vielleicht zu wissenschaftlich geurteilt habe. Jedenfalls liege der Fall sehr auf der Grenze und er sei nicht in der Lage, einen Antrag auf weitere Beurteilung stellen zu können. Einen anderen Standpunkt nahm das Oberkriegsgericht (Verhandlungsführer Oberkriegsgerichtsrat Solbit) ein, welches das Urteil des ersten Richters in seinem freisprechenden Urteile aufhob und gegen den Angeklagten bezüglich der rechtskräftigen Arreststrafe wegen Achtungsverletzung und ausdrücklich Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft unter Zubilligung mildernder Umstände auf eine Gesamtstrafe von einem Jahre und zwei Wochen Gefängnis erkannte. Das Gericht war der Meinung, daß über das Gutachten des Sachverständigen nicht hinwegzukommen sei, auch die Handlungen des Angeklagten stark an Widerlegung (§ 96) streifen. Dem Beurteilten wurde anbehalten, um Strafausschub einzutreten und durch erneutes braves Verhalten im Felde eventuell völlige Begnadigung zu erreichen.

## Aus Nah und Fern.

**Ein Bade- und Desinfektionszug für den Osten.** Von Berlin ist jetzt ein Badezug nach dem östlichen Kriegsschauplatz abgegangen. Der Zug besteht aus zwei Wasserwagen mit zusammen 30 000 Liter Inhalt, ferner aus zwei Badewagen mit dreißig Brausen, zwei Ankleidewagen, vier Magazinwagen für reine Wäsche und Monturen, einem Magazinwagen für die abgelegten und zu entsäuenden Wäsche- und Uniformstücke, zwei Desinfektionswagen und einem Wagen mit Schlafstellen für das Bedienungspersonal. Der Badezug wird von zwei Lokomotiven geführt, die gleichzeitig für die Heizung der Wagen, Erwärmung des Badewassers und Dampfabgabe für die Entseuchung sorgen. Die Größe und Bedeutung dieser Einrichtung zeigt sich deutlich darin, daß innerhalb eines Zeitraumes von zehn Stunden nicht weniger als 1200 Mann ein Brausebad nehmen können, und daß inwischen ihre Wäsche und Uniformen vollkommen entseucht werden; binnen kurzem werden zwei weitere Züge fertiggestellt sein, die den Braven im Felde die gründliche Beiseitigung der Ungeheuerplage und der Ansteckungsgefahr ermöglichen werden.

**Schiffersfälle im Kanal.** Der heftige Sturm, der in der Nacht zum Freitag herrschte, hatte eine unermesslich große Anzahl von Schiffersfällen an der englischen Küste zur Folge. Das Schiff „Buccancer“ strandete bei Scrobylands in der Nähe von Plymouth und konnte bisher nicht flott gemacht werden. Der Schoner „Francis“ amg bei Trevoise Head verloren, die Besatzung wurde gerettet. „Mary Wirth“ kenterte in der Nähe vom Lüne, Der Dampfer „Eliedrich“ (3056 Tonnen) von Rotterdam kommend, lief in der Nähe vom Lüne auf. Man befürchtet, daß das Schiff verloren ist. Der Dampfer „Beeching“ (2000 Tonnen) dürfte mit der Besatzung im Kanal gesunken sein. Man fand in den Matrosen vom „Beeching“ tot, sowie ein treibendes Boot eines Dampfers und Wrackstücke. Andere Leichen von Seeleuten, auf deren Namen Adressen aus Shields angegeben waren, wurden in Dover gelandet.

**Kleine Nachrichten.** In den deutschen Gefangenenlagern befinden sich gegenwärtig 806 146 Mann, die Mehrzahl davon sind Russen. 1870/71 betrug die Anzahl der Kriegsgefangenen 273 000. — In England sind auf 6 Schiffen 8846 deutsche Kriegsgefangene untergebracht. Bisher waren sie auf 9 Schiffen verteilt, deren monatliche Miete 1 1/2 Millionen Mark gekostet haben soll. Mitte April sollen die Schiffe wieder zu anderen Zwecken verwandt werden. — Eine Zentralverwaltungsstelle für leistungswillige Verfügungen ist bei der Justizabteilung des Kriegsministeriums eingerichtet worden. Diese Stelle nimmt auch Testamente usw. der Kriegsteilnehmer an, die nicht bei richterlichen Militärjustizbeamten errichtet oder abgeschlossen worden sind. — Die forstwirtschaftlichen Pacht- oder Mietzinsen werden durch einen preussischen Erlaß in besonderen Fällen, die im Zusammenhang mit dem Kriege stehen, bis zum 1. Oktober 1915 zinslos gestundet. — Das Gefangenenlager in Döberitz wurde vergangene Woche vom Reichstag besucht. Generalmajor v. Loebell hielt den Abgeordneten im dichtesten Schneegestöber einen Vortrag über die Organisation des Lagers, über Belegungsstärke und Verpflegungsgrundzüge. Daraus ließ sich ein Rundgang. Die Einrichtung des Lagers wurde allgemein als trefflich anerkannt.

## Handels- und Markt Nachrichten.

**Schweinemarkt.** Hamburg, 20 März 1915.

Auftrieb: 2602 Stk. Handel: ziemlich reg.

	Bez. f. 50 kg Lebendgem. nach Abzug der Tara	Bez. f. 50 kg Lebendgem.
Feistschweine über 300 Pfund	112-115	89 1/2-92
Feitschw. r. Schweine über 260 Pfund	108-112	86 1/2-89 1/2
Mittelschw. r. Schweine über 240-260 Pfund	106-110	85-88
Mittelschw. r. Schweine über 200-240 Pfund	103-106	80 1/2-83 1/2
Gute leichte Schweine unter 200 Pfund	94-99	78 1/2-77
Geringere Schweine	62 1/2-84	47 1/2-64
Beide Sauen	98-100	78 1/2-80
Geringere Sauen	77-93	60-72 1/2

Gesamtauftrieb der letzten Woche: 24 082 Stück; Verland: 3490 Stück.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.

Verleger: Th. Schwanh. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Statt besonderer Anzeige**

Am Sonntag morgen entschleide ich mich nach kurzer schwerer Krankheit meinem lieben Mann, der Gastwirt

**Franz Callies**

im 65. Lebensjahre, tief betrauert von mir u. allen, die ihm nahe standen.

**Johanna Callies** geb. Schnauer.

Lübeck, den 22. März 1915.

Mitteilungs-Nr. 20.

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 24. März, um mittags 10 1/2 Uhr, in der Kapelle Burgstr. statt. (1239)

Gesucht zu 1915

**Morgenmädchen od. Frau.** (1227) Danlastraße 71, pt.

Kriegerfrau sucht um 1. April eine Stube und Küche Angeb. unt. NWA an die Exp. (1234)

100 Zentner Magnum-bonum-Spelle- u. Pfanzart., 50 Ztr. Wohlmann, 20 Ztr. Saffortart. (1241) Karpfenstraße 16 a.

**Ein Klappsportwag. m. Verd.** zu kaufen gesucht. Angeb. unter D M 13 an die Exp. (1240)

**Damen- und Kinderkleider** werden sauber u. geschmackvoll angef. Lau. Engelstraße 53, I.

**Deutscher Metallarbeiterverband.** Verwaltungsstelle Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung** am Dienstag, dem 23. März abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus (kl. Saal).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen A. Schlicke, Stuttgart.
2. Beratung v. Anträgen zur Generalversammlung.
3. Wahl von Bezirksvertrauensleuten.

Die Ortsverwaltung.

**Deutsch. Holzarbeiterverbd.** Zahlstelle Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung** am Dienstag, dem 23. März abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tagesordnung:

1. Notfallunterstützung an die Frauen unserer im Felde stehenden Kollegen.
2. Berichte.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

NB. Es ist Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

**2 militärische Arbeitsleute ges.** (1235) Lindenstraße 45 a.

Gesucht zum 1. April ein **ordentl. Mädchen** Gewerkschaftshaus, (1235) Johannisstr. 50-52

**Gesucht eine Frau,** die perfekt brauen kann, für die Brauerei. (1236) Karpfenstraße 31.

Krämerer o. d. Hande sucht d. Lübeck billige zu verk. od. zu vera. Ana. u. K 20 an die Exp. (1215)

**Uhren-Reparaturen** Saubere Ausführung Billigste Berechnung konform. Geschenkm. Hermann Vogl, (1237) Uhrenmach. Huxstr. 71

**Heinz Schultz** Uhrm. u. Goldschm. obere Johannisstr. 20 Uhren, Ketten, Armbr., Ringe 333 n. 655 geit. Trauringe Gold-, Silberw. Uhrmacher. Rathenow. Prillea n. 15. Markt (1238)

**Konzerthaus Fünfhausen.** Vom 21. bis 28. März 1915 täglich abends 8 Uhr: Illusions- und Zauber-Theater

**Ben-Ali-Said** Oriental. and egyptische Magie moderne Wunder, spiritistische Experimente usw. (1109) Eintritt: I. Platz 50, II. Platz 30

**Sonntag nachmittag 3 Uhr** Kassensitzung 2 1/2 Uhr: **Große Kinder- u. Familien-Vorstellung** mit besonders gewähltem Programm zu kleinen Preisen. I. Platz 40, II. Platz 20, III. Platz 10

Die herangezuckerten Gegenstände werden verschenkt.

**Öffentl. Versammlung der Ladeninhaber Lübecks** am Mittwoch, 24. März 1915 abends 8 1/2 Uhr im gr. Saale des Bürgervereins Königstraße 25.

Verhandlungsgegenstand: Soll der 7-Uhr-Laden schluß beibehalten oder geändert werden? Alle Lübeckischen Ladeninhaber sind hierzu eingeladen! Der Vorstand des Lübeckischen Detaillisten-Vereins. (1228)

**Niederlage d. Samenhandlung** Ernst & von Spreckelsen, Hamburg. (1236) Ernst Voss, Gr. Burgstr. 59. Fernruf 410.

**Bestellungen auf die kleinen Bierfass - Automaten** zum **Palmsonntag** (1232) erteilt rechtzeitig **Bierverlags-Gesellschaft m. b. H.** Hauptstraße 4. Fernsprecher 392

**Leder** alle Sort. 1. Schuhindustrie C. Grimm Nachf. Schuhmacherstr. 6. (1229) Der Vorstand.

**Verband der Maler!** **Mitglieder-Versammlung** am Mittwoch, 24. März abends 8 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1. Agitation. 2. Abschaffung vom Gewerkschaftshaus. 3. Beschluß des Vorstandes. (1229) Der Vorstand.

**Deutscher Buchbinder-Verband** Zahlstelle Lübeck.

**Außerordentliche Versammlung** am Dienstag, dem 23. März abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. Tages-Ordnung: „Die Volksernährung während des Krieges.“ Referent: Gauleiter Fr. Küster, Hamburg. Zu dieser Versammlung sind besonders auch die Frauen der Mitglieder und der im Felde stehenden Kollegen freundlichst eingeladen. (1181) Der Vorstand.

**Stadttheater.** Dienstag, den 23. März 1915: Gastspiel v. W. Furtwängler Lübeck und K. Günther, Hamburg:

**Fidelio.** Oper von L. v. Beethoven. Musikalische Leitung: W. Furtwängler. Florestan: K. Günther. Mittwoch, d. 24. März 1915:

**Ueber unsere Kraft.** Schauspiel v. B. Björnson. Donnerstag, 25. März 1915:

**Othello.** Oper von G. Verdi.

## Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, den 20. März 1915.

8. Sitzung, Vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratslich: Delbrück, Helfferich, Kraetke, Solf, Visco. Der Antrag auf Vertagung des Reichstags bis zum 18. Mai wird angenommen, ebenso in erster und zweiter Lesung der Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und Paraguay.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt beim Reichstamt des Innern und zwar beim Kapitel Belagerungszustand und Pressezensur.

Die Budgetkommission unterbreitet zum Etat des Innern eine Reihe von Resolutionen, die im Bericht über die Freitag-Sitzung ausführlich wiedergegeben sind.

Stadtthagen (SD.): Alle Parteien haben lebhaft Klagen über den heutigen geistlichen Zustand und seine Handhabung. Die Frage, inwiefern über das ganze Reich der Belagerungszustand verhängt werden mußte, erörtert ist nicht. In Bayern ist diese Frage geleglich geregelt, bei uns ist nur spätere Regelung vorgesehen. In Bayern können nur wissenschaftlich falsche irreführende Nachrichten über militärische Vorgänge bestraft werden. Dies ist ja inzwischen auch durch das Spionagegesetz geregelt und der Reichstanzler hat auch genau bestimmt, welche Dinge nicht veröffentlicht werden dürfen. Nach der Reichsverfassung gilt im ganzen Reich mit Ausnahme von Bayern das preussische Gesetz vom 4. Juni 1851. Nach § 30 des Preussengesetzes bleiben aber, auch wenn Artikel 177 der Reichsverfassung (Pressefreiheit) aufgehoben wird, die für den Fall des Belagerungszustandes bestehenden besonderen gesetzlichen Bestimmungen in Kraft. Durchaus irrig ist die Annahme, daß irgendwo im deutschen Lande, das jetzt um seine Freiheit kämpft, ein geistlicher Zustand erkläre, unter dem die Pressefreiheit aufgehoben wäre. Bei allen Angriffen auf die Pressefreiheit hat man sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu halten und darf, wie auch das preussische Abgeordnetenhaus anerkannt hat, nicht Willkür an deren Stelle setzen. Neben uns hätte man zur Presse das Vertrauen haben müssen, daß sie selbstverständlich ihre Pflicht tun wird. Unter keinen Umständen darf die Verantwortung aber hinausgehen über den Kreis militärischer Angelegenheiten. — Mit dem Belagerungszustand geht nun die vollziehende Gewalt an die Militärbehörden über, nicht aber die gesetzgebende Gewalt. Der Militärbehörden hat sich im Rahmen der Gesetze zu halten (Sehr richtig!), geht er gegen das Gesetz vor, so ist er schuldenerklärlich. Das Reichsgericht wird nach dem Kriege wohl auch darüber zu entscheiden haben. Es hat übrigens bereits erklärt, daß der Grundjah, während die Waffen sprechen, haben die Gesetze zu schweigen, der Geistung und speziell der deutschen Gesittung zuwiderlaufen. Das Reichsgericht hat auch erklärt, daß völkerrechtliche Gesetze während des Krieges bestehen bleiben. Welcher Schaden der Entrüstung ging mit Recht durch die gestittete Welt, als 1870 die Deutschen aus Frankreich ausgewiesen wurden. Selbstverständlich darf der Bruch des Völkerrechts und der Gesittung durch andere Feinde bei uns keine Anerkennung finden. — Durch den Belagerungszustand kann es allerdings vorkommen, daß gegen die Gesittung, gegen das Recht, die persönliche Freiheit, die Pressefreiheit verstoßen wird. Im Oktober v. J. wurde ein russischer Techniker Konze in Berlin von der Anlage der Majestätsbeleidigung freigesprochen, weil er die Tat nicht mit Ueberlegenheit begangen habe. Das war Objektivität auch dem Angehörigen eines feindlichen Landes gegenüber. Einige Zeitungen, die aus Polizeireisen Nachrichten erhalten, entrüsteten sich über dieses Urteil, der Staatsanwalt legte Revision ein, der Oberbefehlshaber ließ den Freigesprochenen verhaften. Gestern aber hat das Reichsgericht die Revision der Staatsanwaltschaft verworfen. Das ist Objektivität. In weiten Kreisen des Vaterlandes wurde es als ein Schlag gegen das Gerechtigkeitsgefühl empfunden, daß gesagt wurde, man müsse den freigesprochenen Russen im Interesse seiner eigenen Sicherheit einsperren. Der Mann ist, glaube ich, noch heute in Haft. Ein solcher Eingriff droht nicht nur den Ausländern, sondern auch den Inländern. Die Gerichte verschaffen auch während des Kriegszustandes der Gesittung und dem Recht Geltung und nichts anderes darf in einem Volke herrschen, das um Gesittung, Recht und Freiheit kämpft. (Sehr richtig!) Unter der Ungleichmäßigkeit der Behandlung der Presse und unter der Ausübung der Zensur durch wenig geeignete Personen leidet besonders die sozialdemokratische Presse. Es ist falsch, daß der Reichstanzler nur für die Verhängung des Belagerungszustandes, nicht aber auch für seine Handhabung verantwortlich wäre. Die Militärbehörden dürfen nur Ausnahmestimmungen im Interesse der öffentlichen Sicherheit treffen. Beim

Oberkommando in Berlin lochen ein Bankier, ein Rechtsanwalt, ein Ministerialdirektor, ein konservativer Abgeordneter, Polizeiräte und Mitglieder des ehemaligen Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie den Brei. Einer weiß nichts vom anderen. Häufig wird einer Zeitung etwas verboten, was der anderen erlaubt ist und am folgenden Tag darf sie das, was ihr verboten war, aus der anderen nachdrucken. (Hört, hört!) Da sollte ein Versehen vorliegen, aber diese Versehen finden immer zuungunsten der Sozialdemokratie statt. Auch aus Breslau, Posen, Danzig, Danzig, Königsberg, Braunschweig, Bochum, Kattowitz, Apenrade, Solingen, Elberfeld, Düsseldorf, Essen usw. kommen lebhaft Beschwerden. Die „Danziger Volkszeitung“ wurde „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“ verboten, weil über eine Rede des Abg. Stiebel berichtet war, in der er erklärte, daß wir eine Aushungerung nicht zu fürchten brauchen, daß aber die Preise so hoch gebracht worden seien! In Königsberg wurde die „Volkszeitung“ verboten, weil die deutschen Siege auch mit dem deutschen Wahl- und Koalitionsrecht begründet waren. In Braunschweig wird einem Redakteur das Ehrenwort abgenommen, nicht mehr zu schreiben. Es scheint, als ob die Zensuren einfach die Zeitungen verbieten oder gar die Schreiber verhaften, wenn sie zu dem Resultat kommen, daß sie die betreffende Zeitung nicht abonnieren würden! In Kattowitz erklärte der Zensur gegenüber der „Freien Presse“, die vor 3 Uhr erscheint, er habe vor 3 Uhr keine Zeit für die sozialdemokratische Presse! Die Oberbefehlshaber wissen vielfach selbst nichts von den Maßnahmen. So hat General v. Bissing dem Abgeordneten Dittmann, der sich über die Verhängung der Präventivzensur über sein Blatt beschwerte, erklärt, nichts von dieser Maßnahme zu wissen. Obwohl der Generalstab angeordnet hat, daß das, was in Berlin zensuriert ist, auch für die Provinz zensuriert sei, ist dies noch immer nicht durchgeführt. Viele Rache verderben den Brei! — Ich stimme mit der „Deutschen Tageszeitung“ darin überein, daß unter dem Burgfrieden die Verletzung der eigenen Weltanschauung nicht untersteht sein soll. Aber uns gegenüber wird das nicht so gehandhabt. Statt die Zensur nur nach Sicherheitsrückichten einzurichten, wurde dem „Vorwärts“ schon am 4. August verboten, erregenden Schwindelnachrichten entgegenzutreten, weil sonst die Einheit der Begeisterung beeinträchtigt werden würde. Eine Stunde später nahm der Generalstab in einer Pressekonferenz dieselbe Stellung ein wie der „Vorwärts“. Genau so ging es, als der Vorwärts gegen die Spionensucherei warnte. Als wir gegen Gerüchte Stellung nahmen, die sich fälschlich auf den Generalquartiermeister bezogen, daß Belfort genommen und 7 Armeekorps gefangen seien, wurde wir verwahrt. Ein Artikel wurde uns beanstandet, der die Weiterfrage genau so behandelte, wie später die Gerichte entschieden. Dem „Vorwärts“ wurde verboten, auf Angriffe der „Berliner Neuesten Nachrichten“ zu antworten und das Oberkommando strich aus einer Stadtvertragsrede des Abg. Wurm die Stellen, die sich gegen die Freisprechung der Preise wandten. All das und alle die weiteren Maßnahmen sollen der öffentlichen Sicherheit dienen! (Hört, hört! bei den Soz.) Das Verbot des „Vorwärts“ erfolgte, weil er geschichtliche Tatsachen, wie das Sozialistengesetz, zur Begründung der im Ausland gegen Deutschland bestehenden Vorurteile herangezogen hatte. Man hat uns sogar vorgeschrieben, daß von der Zensur gestrichene Stellen in keiner Weise durch weiße Blöcke oder Punkte ersetzt werden dürfen. Es müssen vielmehr solche Stellen im Sinne des Zensors ergänzt werden. Ich schäme mich fast, mitzutheilen, daß so etwas in Deutschland passieren kann. In dieser Art lassen wir uns die Pressefreiheit und die Gewissensfreiheit nicht beschneiden. Ein von allen Zeitungen abgedrucktes Wählversprechen an unsern Parteivorstandes an die englische Arbeiterpartei zu ihrer vernünftigen Haltung, wurde uns zum schwersten Verwurfe gemacht, als wir es mit der angeblich irrtümlichen, Zensurgenehmigung abdruckten. Alle Parteiblätter durften etwas über die Londoner Sozialistenkonferenz bringen, die für den Frieden und gegen Rußland eintrat, aber der „Vorwärts“ nicht. Sogar die Verpötlung des englischen Zensors durch die Zeitung „Truth“ wurde uns verboten. Man strich uns einen Artikel, der die Niederlage des Zarismus als einen Segen für das russische Volk bezeichnete. Wir dürfen nichts gegen das Moskowitzem sagen, fast nichts gegen die Annerzionwünsche des Bezirkevereins. Ist das Unparteilichkeit, liegt das im Interesse der öffentlichen Sicherheit? (Hört, hört! bei den Soz.) Es war verboten, Schwindelnachrichten über belgische Priester zu verbreiten, Enttarnung der Lüge wurde nicht zugelassen, ebensowenig die von der „Frankfurter Zeitung“ vorgenommene Demaskierung eines Menschen, der sich das Eiserne Kreuz erworben hatte. Eine Erklärung Südekums gegen die „Agence Havas“ wurde uns verboten, französische Märchen über deutsche Sozialdemokraten darf der „Vorwärts“ nicht widerlegen. Aus verschiedenen in der Parteipresse bereits erschienenen Selbstbriefen wurden uns Stellen gestrichen. Wir durften einen objektiven Bericht über verschiedene

Kriegsgerichtsverhandlungen nicht veröffentlichen, ebensowenig die Rede des englischen Sozialisten Macdonald gegen den Krieg der Engländer usw. Sogar ein Artikel wurde uns verboten, den Soldaten keinen Schnaps ins Feld zu schicken. (Hört, hört! bei den Soz.) Nach diesen Beispielen wird man wohl zugeben müssen, daß hier eine Ungleichmäßigkeit und Ungerechtigkeit herrscht, die gegen das Interesse des Vaterlandes und gegen das Gesetz verstößt. Hier muß Remedur geschaffen werden. Die vorliegende Resolution kann uns nicht genügen. Da aber augenblicklich nicht mehr zu erreichen ist, müssen wir öffentlich aussprechen, daß unser Volk mündig ist, keine Zensur braucht, am wenigsten eine Militär- und Polizeizensur. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch gegen Blätter wird ja so verfahren. Aus einem Buch des Generalsekretärs Dr. Prange vom Deutschen Versicherungsschutzverband über Deutschlands Volkswirtschaft im Kriege wurde ein Kapitel über den inneren Frieden verboten, worin der Verfasser verlangt, daß man auch nach dem Kriege unparteiisch gegen die Sozialdemokraten sein soll. Ich glaube gar nicht, daß der Oberbefehlshaber selbst diese Streichung angeordnet hat, das kann nur ein Polizeimann tun. Welche Kreise des Volkes wollen auch für uns Freiheit und Gerechtigkeit im Frieden haben. Wenn der Krieg nach Clausewitz die Fortleitung der Politik mit andern Mitteln ist, dann darf die Politik nicht vom Militär geführt werden, sondern sie ist zu führen von der Regierung, die auch eingreifen können muß. Clausewitz hat das Unterordnen des politischen Gesichtspunktes unter den militärischen als widerkinnig erklärt, denn die Politik, die den Krieg erzeugt hat, sei die Intelligenz, der Krieg aber bloß das Instrument. Bismarck hat sich ebenso ausgesprochen. Wenn aber die Presse, die die politischen Gedanken der Bevölkerung auszudrücken hat, in dieser Art und Weise unterbunden wird, dann ist es nicht möglich, daß das Volk Politik treibt, sondern dann treibt Politik entweder der betreffende Militärbefehlshaber oder der zum Zensur bestellte Polizeimann. Das ist aber nicht die Instanz, die im Deutschen Reich als Vertretung des deutschen Volkes gewählt worden ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Haß gegen einzelne Völker, wie er sich in einigen Organen findet, wird von der großen Menge der deutschen Bevölkerung durchaus nicht geteilt. Bringend erforderlich ist es, daß die Presse von den ihr widerrechtlich auferlegten Fesseln befreit wird. Ich halte es ferner für dringend erforderlich, daß der Krieg bald beendet wird. Gerade da wir stark und da wir die Siegenden sind, darf und muß es im Lande und in der Presse ausgesprochen werden können, daß man durchaus für einen Frieden auf vernünftiger Grundlage ist. Denjenigen, die gegen den Frieden, für maßlose Annerzion sind, wird gestattet, zu schreiben — sie kriegen nur eine kleine Warnung — aber uns, die wir gegen diese Art sind, wird der Mund verboten. Ich hoffe, daß die für die Politik verantwortliche Regierung dasjenige wird durchsetzen können, was in der von Ihnen vorgeschlagenen Resolution verlangt wird. Gleichmäßigkeit der Behandlung der Presse. Darüber hinaus verlange ich, daß die der Presse auferlegten Fesseln genommen werden und daß das Volk, das jetzt für Freiheit kämpft gegenüber den äußeren Bedrüdern, nicht in Innern geknebelt wird und daß ihm insbesondere die Pressefreiheit wiedergegeben wird. (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)

Haubmann (SP.): Was wir eben gehört haben, ist nicht das Spiegelbild dessen, was wir als allgemeine Ansicht der Kommission feststellen können. Danach handelt es sich angeht des außerordentlich großen Gebiets der Presse doch nur um einzelne Mißgriffe. Die Beschwerden über die Zensur haben ihren Grund in der Möglichkeit der Einrichtung, in der Heranziehung Tausender von Personen zu Aufgaben, die ihnen neu waren, wodurch sich die Verantwortlichkeit in der Handhabung erklärt, und in dem Mangel eines Gesetzes. Dieses Gesetz fordert die Kommission deshalb. Ebenso verlangt sie, daß die Verantwortlichkeit des Reichstanzlers für die Handhabung der Zensur festgelegt wird. Der Staatssekretär hat im übrigen zugegeben, daß auf die Militärbehörden im Belagerungszustand nicht mehr Gewalt übergehen kann, als die Zivilbehörden gehabt haben; auch die Militärgewalt muß sich also bei ihren Maßnahmen im Rahmen der betreffenden Gesetze halten. Die Zensur ist vor allem deshalb nötig, weil die Gefahr der Entstellung von Meinungen durch die ausländische Presse heute soviel größer ist. Die Auslandspresse muß ja in ihrer jetzigen Lage liegen. Ich erinnere nur an das, was in Frankreich über die Behandlung der französischen Gefangenen in Deutschland verbreitet wird, während wir uns gestern in Döberitz überzeugt haben, daß es in Wahrheit ganz anders aussieht. Die Sozialdemokraten wollen die Beschränkung der Zensur auf militärische Angelegenheiten, aber gegenwärtig sind alle Angelegenheiten militärisch. (Sehr richtig!) Redner schließt mit Worten der Anerkennung für die aufopfernden Leistungen unserer Armee. (Bravo!)

Abg. Ledebour (Soz.): Der Staatssekretär Dr. Delbrück hat meinem Genossen Haase gegenüber bestritten, daß es noch Aus-

## Der Hagestolz.

Erzählung von Adalbert Stifter.

9. Fortsetzung.

Nicht ein Häuschen, nicht einen Menschen, nicht ein einziges Tier sah Viktor. Der See, den er von Uttmaning aus als weiße Linie gesehen hatte, war hier weit und dunkel, nicht einen einzigen Lichtfunken, sondern nur das Dämmern der Schiefermauern, die ihn umgaben, gebend; und an den fernen Ufern lagen helle Dinge, die er nicht kannte und die sich bloß in den ruhigen Wassern spiegelten.

Eine Weile stand Viktor und betrachtete das Ding. Er empfand den Harzduft und hörte aber nicht das Behen des Nadelwaldes. Von Regung war gar nichts zu verspüren und man müßte nur das Weiterdrängen des späten Lichtes rechnen, das an dem Schwünge der Wände hinüberging und sich die farbenfühlenden Schatten folgen ließ.

Fast fürcht vor dieser Größe, die ihn hier umgab, im Herzen tragend, machte sich Viktor daran, seinen Weg weiter zu verfolgen. Er ging den Pfad, den ihm der Knabe gezeigt hatte, hinunter. Die Berge sanken allgemach in den Wald, die Bäume nahmen ihn wieder auf und wie es schon auf dem Halbe gewesen war, daß der flache See gleichsam die Berge, die er säumte, hinauszurücken schien, damit das Auge das zarte Dufthild schauen könne, das sich von dem Grün der Lannennadeln hinauswarf, so blickte auch hier immer das dämmerige Gewebe von Berg und Wasser links durch die Baumäste herauf. So wie er beim Hinausgehen gemeint hatte, der Berg nähme kein Ende, so ging er nun auch wieder unaufhörlich und lagte hinunter. Stets hatte er den See zur Linken, als sollte er die Hand eintauchen können und stets konnte er ihn nicht erreichen. Endlich wich der letzte Baum hinter ihm zurück und er stand wieder unten an der Äfel, wo sie eben den See verließ und durch weiches Gestein fortziele, nicht einmal einen handbreiten Saum lassend, daß man einen Pfad für wandelnde Menschen anlegen könnte. Viktor meinte hundert Meilen von Uttmaning entfernt zu sein, so einsam war es hier. Nichts war da, als er und das flache Wasser, das sich unaufhörlich und brausend in die Äfel hinausleerte. Hinter ihm stand der grüne stumme Wald, vor ihm war die schwarze Fläche, geschlossen durch eine blaue Wand, die sich tief ins Raß zu erstrecken schien. Das einzige Werk von Menschenhand sah er in dem Stege, der über die Äfel lag und in einem Wasserbecken, durch den sie hindurch mußte. Langsam ging er über den Steg und der Spiz mäusenstill und zitternd hinter ihm her. Jenseits gingen sie auf Rasengrund neben Felsen. Bald war auch der Pfad zu erkennen, von dem der Knabe gesprochen hatte:

eine Menge durcheinander geworfener Steine lag herum und erstreckte sich in den See hinaus, daß man leicht erkennen konnte, hier mochte ein Bergsturz stattgefunden haben. Viktor bog um eine scharfe Berge und sogleich lag auch die Hul vor ihm: fünf oder sechs graue Hütten, die nicht weit entfernt auf dem Seeufer hinstanden und von hohen grünen Bäumen umgeben waren. Auch der See, den ihm die vorpringende Ecke früher verdeckt hatte, erweiterte sich hier und manche Berge und Wände, die sich ihm entzogen hatten, standen wieder da.

Als Viktor zu den Häusern gekommen war, sah er, daß jedes mit einem Schuppen in den See hinausging, unter welchem angebundene Rähne lagen. Eine Kirche sah er nicht, aber auf einer der Hütten war ein Türmchen aus vier rot angefrachten Pfählen, zwischen denen eine Glode hing.

„Ist hier nicht ein Ort, der Klause heißt?“ fragte er einen Greis, den er gleich an der ersten Hütte unter der Tür sitzen fand.

„Ja,“ erwiderte der Greis, „auf der Insel ist die Klause.“

„Können Sie mir nicht sagen, wer mich dahin überführen möchte?“

„Jeder Mensch in der Hul könnte Euch hinüberführen.“

„Also könnt Ihr es auch tun?“

„Ja — aber Ihr werdet nicht aufgenommen.“

„Ich bin in die Klause bestellt und werde erwartet.“

„Wenn Ihr Geschäfte dort habt und bestellt seid, da ist es anders. Fahrt Ihr gleich wieder zurück?“

„Nein.“

„So wartet hier ein wenig.“ Nach diesen Worten ging der Alte in die Hütte hinein, von der er bald wieder in Begleitung eines jungen, starken, rotwangigen Mädchens zurückkam, das sich daran machte, mit ihren entblöhten Armen einen Kahn weiter in das Wasser hinauszuschieben, während der Alte seinen Rod anzog und zwei Ruder herbeitrug. Man hatte für Viktor einen hölzernen Lehnstuhl auf dem Kahne besetzt, auf den er sich niederließ, sein Köpfelein neben sich legend und den Kopf des Spikes haltend, der sich gegen seinen Schloß schmiegte. Der Alte hatte verkehrt sitzend am Schiffsnabel Platz genommen und das Mädchen stand im Hinterteile, das Ruder in der Hand haltend. Gleichzeitig von beiden geschah der erste Schlag ins Wasser, der Kahn tat einen Stoß, glitt in die weichen Fluten hinaus und schnitt bei jedem Ruderschlage rasch weiter in die dunkler werdende fäulende Fläche. Viktor war nie auf einem so großen Wasser gefahren. Das Dorf zog sich zurück und die Wände um den See begannen sehr langsam zu wandern. Nach einer Weile streckte sich eine buschige Landzunge hervor und desto breiter wurde der Raum, der sie von dem Lande trennte. Ein Berg hatte ihn früher gedeckt. Man unterließ endlich sehr große Bäume auf ihr, anfangs so, als wüßten sie gerade aus dem Wasser

empor, dann aber auf bedeutend hohem Felsenufer prangend, das fallrecht mit scharfen Klippen in die Flut niederging. Hinter dem Grün dieser Bäume wanderte ein sanfter Berg, der von dem Abende lieblich gerötet war.

„Das ist die Grisel am jenseitigen Seeufer,“ sagte der Alte auf Viktors Frage, „ein bedeutender Berg, der aber doch nicht gar so beschwerlich ist. Es geht ein Pfad über ihn hinüber in die Blumau und ins Gesehde, wo die Hammerschiebe sind.“

Viktor blickte den schönen Berg an, der so wandelte und in das Grün der Bäume sank, wie sie näher kamen.

Man war endlich in den grünen Wiedersehen gelangt, den die Baumstämme der Insel in das Wasser des Sees senkten und fuhr in dem Raume desselben dahin. Da tönte von der Hul herüber das Glöcklein, das zwischen den vier Pfählen hing und forderte zum Abendgebete auf. Die zwei Schiffswenden zogen sogleich ihre Ruder ein und beteten still ihren Abendsegen, während der Kahn im Zuge gleichfalls von selbst längs der grauen Felsen hinging, die von der Insel in den See niederstanden. Auf den Bergen herum war hie und da ein irrendes Licht. Der See hatte sogar Streifen bekommen, deren einige glänzten und selbst Funken emporwarfen, obwohl die Sonne schon seit längerer Zeit untergegangen war. Ueber alles das kamen die fortwährenden emfigen Klänge des Glöckleins herüber, gleichsam von unsichtbaren Händen tönend; denn die Hul war nicht zu sehen und rings um den See war kein Flecklein, das nur entfernt einem menschlichen Aufenthalt ähnlich gesehen hätte.

„Im Kloster der Klause muß auch noch eine Glode sein. Ich glaube, eine schöne Aueglode,“ sagte der Alte, nachdem er seine Mühe wieder aufgelegt und das Ruder ergriffen hatte, „aber man läutet sie nie; ich wenigstens habe den Ton derselben nie gehört. Auch nicht einmal eine Uhr hört man schlagen. Mein Großvater hat gesagt, daß es sehr schön war, wenn in den vergangenen Tagen das ganze Geläute auf dem See lag — denn damals waren noch die Mönche — und wenn es in dem letzten Morgennebel daher tönte, ohne daß man wußte, woher es komme; denn Ihr werdet gesehen haben, daß wir den Berg umfahren haben und daß man von der Hul aus die Insel nicht sehen kann. Es ist der hohe Dröm, dieser Berg, und zwei Mönche haben ihn einmal bei klarem Himmel Schnee überstiegen, da der See gefroren war, aber nicht trug, und da sie keine Lebensmittel mehr hatten, eine Straße in das Eis, daß der Kahn gehen konnte, und als sie an dem Berge waren, stiegen sie über den Gipfel in die Hul; denn zwischen dem Berge und dem See ist kein Fußweg möglich. Es sind seitdem wohl über hundert Jahre vergangen und selten geschieht es, daß der See überall mit einer Decke von Eis überzogen ist.“

(Fortsetzung folgt.)

nahgelegene gibt, aber in der Kommission mühte er eingestehen, daß das Jesuitengesetz ein Ausnahmengesetz ist. Dieses Jesuitengesetz hat auf das Zentrum einen außerordentlich befürchtenden Eindruck ausgeübt, es hat sich das alte Bismarckwort mit einer kleinen Modifikation bestätigt: es ist mehr Freude im Zentrum über einen Staatssekretär, der Buße tut, als über 10 gerechte Sozialdemokraten. (Heiterkeit.) Tatsächlich gibt es noch eine Reihe von Ausnahmengesetzen, z. B. den Sprachparagraphen des Reichsvereinsgesetzes. Wir wollen alle Ausnahmengesetze beseitigen, auch die maskierten, die nach dem Rezept des Ministers Churchill unter falscher Flagge der Neutralität operieren. (Heiterkeit.) Die von der Kommission beschlossene Resolution, die den Bundesrat erlucht, bestehende Ausnahmengesetze gegen einzelne Teile des deutschen Volks zu beseitigen, soll nicht nur den Kreuzer Jesuitengesetz, sondern auch alle sonstigen derartigen Fahrzeuge torpedieren, die heute noch unter falscher neutraler Flagge segeln. (Heiterkeit.) Wir haben immer betont, daß durch solche Ausnahmengesetze ein ewiger nationaler Zwist in Deutschland erzeugt wird. Geradezu unbefriedigend sind die Eingriffe in das Privatleben der französisch sprechenden Bevölkerung in Elsaß-Lothringen, denen jetzt während des Krieges plötzlich der Gebrauch ihrer Muttersprache auf Grund des Belagerungszustandes unterjagt wird. (St. u. H. d. Soz.) Sogar der Gottesdienst ist durch das Oberkommando sprachlich reglementiert. Die eine Gemeinde darf französisch sprechen, die andere französisch und deutsch, die dritte nur deutsch. Wer trägt die Verantwortung für diese Ungehörlichkeiten? Es sind die schlimmsten Hochverräter in Deutschland, die in der heutigen Zeit die französisch sprechende Bevölkerung in eine solche Stimmung hineintrreiben, daß sie sich nach der französischen Herrschaft sehnen. (Große Unruhe.) Verbesserungen sind nach Ansicht der Regierung und der Mehrheitspartei während des Krieges nicht möglich, aber Verschlechterungen führt man durch. Der Burgfriede ist unter dem Schutz des Belagerungszustandes der elsass-lothringischen Bevölkerung gegenüber in der schlimmsten Weise durch die Militärverwaltung gebrochen worden. (Lachen rechts.) Wenn Deutschland mit der nationalen Toleranz vorangeht, dann schlägt es Rußland die panslawistische Klinge aus der Hand, dann würde es Rußland unmöglich sein, jemals an einen Eroberungskrieg in Europa zu denken. Das habe ich bereits vor zwei Jahren gesagt, und die Tatsachen haben mir Recht gegeben. Wenn Sie die Parole gegen den Faschismus wahrnehmen wollen, dann müssen Sie bei sich zu Hause einengen und alle zaristischen Mäler der deutschen Politik unterlassen. Dazu gehört gerade auch die sprachliche Vergewaltigung großer Teile des Volkes. Ich unterzeichne im übrigen alles, was zum Lobe der außerordentlichen Tapferkeit unserer Heere und des ersten Heerführers, des Generalfeldmarschalls von Hindenburg gesagt ist. Aber die deutsche Heeresleitung zeigt sich in ihren politischen Taten absolut nicht auf der Höhe. Die oberste Heeresleitung hat befohlen gemacht, es sollen für jedes von den russischen Soldaten verbrannte Dorf und Gut drei russische Dörfer und Güter den Flammen übergeben werden. Ich was entsetzt, als ich das las. (Zuruf h. d. Soz.: Barbarei! Große Unruhe. — Zurufe rechts: Wir verketten uns das! Anordnungen der obersten Heeresleitung dürfen hier nicht kritisiert werden.)

Vizepräsident Dove: Das müssen Sie mir überlassen. (Andauernde große Unruhe rechts. H. d. Soz.: Wir verlangen, daß das unterbleibe!) Der Abg. Liebknecht teilt mir eben mit, daß er das Wort „Barbarei“ dazwischen gerufen hat. Ich habe den Ausdruck nicht gehört. Ich rufe den Abg. Liebknecht zur Ordnung. (St. u. H. d. Soz.)

Abg. Ledebour: Durch diese Maßnahmen werden gerade Leute in Rußland getroffen, auf deren Bundesgenossenschaft wir rechnen müssen. (Andauernde Unruhe rechts. — Vizepräsident Dove ersucht den Redner wiederholt, keine Kritik an Maßnahmen der obersten Heeresleitung zu üben.) Dann gesteht Sie mir den allgemeinen Gedanken: Wir Deutsche... (Lebh. Unterbrechungen und Zurufe: Er darf nicht im Namen des deutschen Volkes sprechen!) Die deutsche Politik muß Fahnen einflaggen, die es ermöglicht, mit den östlichen Nachbarvölkern in Frieden zu leben. Das sage ich als Sozialdemokrat und als deutscher Patriot. (Schallendes Gelächter rechts.) Ich halte mich für einen besseren Patrioten als viele Leute, die dabei behaupten. Ich glaube, im Interesse der Menschheit gesprochen zu haben. (Unruhe; einzelne Bravo's bei Soz.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich halte mich für verpflichtet, die Verwaltung von Elsaß-Lothringen gegen den bestimmten Vorwurf des Hochverrats mit aller Entschiedenheit in Schutz zu nehmen. (Stürm. Beifall.)

Graf Westarp (K.): Ich muß mein lebhaftes Bedauern ausdrücken über die Art und Weise, wie die Abg. Ledebour und Liebknecht sich erlaubt haben. Maßnahmen der obersten Heeresleitung hier in der heiligen Stunde des heiligen Todes zu kritisieren (Lebh. Beifall.) Ich hoffe, daß die Sozialdemokratische Fraktion den Vorwurf nicht möge, derartige Vorwürfe zu desavouieren (Lebh. Zustimmung). Das Verfahren der Abg. Ledebour und Liebknecht ist der unterem Vaterlande in der heiligen Stunde, die das deutsche Volk jemals erlebt hat. (Stürm. Beifall.)

Baßnermann (M.): Als wir protestieren dagegen, daß in dieser schweren Krisenzeit leiter einer großen Partei hier so gesprochen wird (Zurufe der Soz.: Er hat nicht im Namen der Partei gesprochen!). Ich halte mich mit Genugtuung fest, daß dies jetzt zum zweiten Mal aus der sozialdemokratischen Fraktion geäußert wird. Welche offizielle Klarheit darüber wäre wünschenswert. Wir sehen mit Bewunderung auf unsere Armeen vor allem im Osten, wo sie unter einer genialen Führung gegen gewaltige Übermacht kämpfen müssen (Lebh. Beifall.) In solcher Zeit derartiges Verhalten zu hören, ist ein bitteres Gesetz für jeden Deutschen (Sehr wahr!) und das wird auch weit hinaus in unsern Soldaten, die Leben und Gesundheit für das Vaterland einlegen. Wir alle bedauern, wenn solche Anordnungen gemacht werden im Osten notwendig sind. Aber man muß die Gravelaren der Russen gönnen haben (Lebh. Zustimmung).

Graber (Z.): Nicht an die sozialdemokratische Fraktion die Frage, ob sie mit dem Belagerten Ledebour und Liebknecht einverstanden ist. Das deutsche Volk und die Welt muß auf die Klarheit werden, ob hier die Ansicht eines einzelnen Abgeordneten oder die einer ganzen großen Partei ausgeprochen wurde. Wir haben dankbar anerkannt, daß die Sozialdemokraten sich am 4. August und 2. Dezember auf den Boden des gemeinsamen Vaterlandes gestellt haben, damit aber sind solche Äußerungen unannehmbar. Die Heeresverwaltung hat die Maßnahmen in Ordnung aus Übermut, sondern in bitterer Not zum Schutz des deutschen Vaterlandes angeordnet. Wenn man auch vergeblicher Ansicht sein kann, ob das eine oder andere geteilt war, so ist es doch nicht Aufgabe der Volkserziehung, denen in den Arm zu fallen, die unser Vaterland, unsere deutschen Wälder vor dem schmerzlichen Anblick zu schützen suchen (Stürm. Beifall.) Unter Inneres sträubt sich, wenn wir von den russischen Gravelaren nur leben. Wenn schließlich unsere verantwortliche Heeresleitung zum äußersten Mittel der Vergeltung greift, so ist das vollkommen durchaus zulässig. (Lebh. Zustimmung.) Ich bitte die Leitung der sozialdemokratischen Fraktion, uns offen und vorbehaltlos zu sagen, ob sie jene Äußerungen billigt oder nicht (Beifall.)

Schulz-Brauns (M.): Ich rufe mich Baßnermann und Graber an. Bei allem Unmut ist die Leiter der notwendigen Maßnahmen auch die Schuld daran, daß nur der russischen Führung und ihrer Kriegsführung zugehört werden. Sie sollen die Konsequenzen ihrer Kriegsführung sehen. Darum kann die Heeresleitung zum Schutz des deutschen Landes auch auf solche Maßnahmen nicht verzichten. Die Äußerungen Ledebours und Liebknechts stehen im größten Gegensatz zu den warmen Worten Scheidemanns. Aber angesichts der in Frage kommenden Personen dürfen diese Äußerungen nicht überhört werden. Ledebour und Liebknecht sind mit einer kleinen Handvoll der Sozialdemokratie hier und im Lande. Deshalb muß die Gesamtheit des deutschen Volkes auch in Zukunft erhalten bleiben. (Lebh. Beifall.)

Schulz-Brauns (M.): Ich bitte die Äußerungen Ledebours als unethisch und heftig, daß dieser nicht aus der Gesamtheit des deutschen Volkes ein Heiner Friede werden wird.

Lebedour (Soz.): Die Wiederholung der von mir kritisierten Maßnahmen kann nur durch öffentliche Ausprache im Parlament verhindert werden. Die gegen mich gerichteten Reden treffen vorbei, wenn sie die Maßnahmen als notwendig bezeichnen... (Zurufpräsident Dove unterlag dem Redner abermals, die Maßnahmen der Heeresleitung zu kritisieren.) Diese Maßnahmen sollen die Wirkung haben, die Kofalen oder ihre Hintermänner abzuschrecken. (Lebhafte Zurufe rechts: Freiheit! Schluss! — Zurufpräsident Dove: Säuen Sie sich meinen Anordnungen und geben Sie nicht weiter über diese Maßnahmen.) Bei ruhiger Überlegung wird später auch in Deutschland das Volk die Wichtigkeit und Notwendigkeit meiner Ausführungen einsehen.

Scheidemann (Soz.) erklärt im Auftrag des Vorstands der sozialdemokratischen Fraktion, daß viele Ledebour nur beauftragt hatte, über den Sprachparagraphen zu sprechen (St. u. H. d. Soz.). Alles was Ledebour darüber hinaus gesagt hat, hat er für seine Person gesagt und hat er allein zu verantworten (Lebh. Beifall, Zurufe rechts: Mißbilligen Sie es!).

Danßen (Z.) verlangt Beilegung der gegen die Norddeutschen, deren vaterländische Pflichterfüllung der Staatssekretär anerkannt habe, gerichteten Ausnahmestimmungen.

Dr. Seyda (Volk) stellt das Verlangen einer künftigen Führung und eventuellen Neuorientierung der Polen nicht befriedigen konnte.

Schulz (K.) erklärt, daß die Lösung so schwieriger Fragen in Ruhe, aber nicht jetzt erfolgen könne.

Damit schließt die Besprechung über den Belagerungszustand, Presse und Ausnahmengesetz.

Es folgt die Beratung über das Vereinsrecht.

Heine (Soz.): Ich empfehle Ihnen die Beschlüsse der Kommission betreffend das Vereinsrecht zur Annahme. Es handelt sich um ein politisches Notgesetz, das während des Krieges erlassen werden kann. Der heutige Zustand bedeutet keinen Fortschritt gegen die preussische Vereinsgesetzgebung, sondern in einem Punkte eher einen Rückschritt. Es besteht die Gefahr, daß den Arbeitervereinigungen, den Bildungs-, Unterhaltungs- und Turnvereinen dadurch, daß man sie als politisch stempelt, mit Hilfe des Jugendparagrafen der Nachwuchs abgechnitten wird. Die Gewerkschaften müssen die Möglichkeit haben, sich zu betätigen, ohne unabweisliche Beschränkungen unterworfen zu sein. Das verlangen wir in einem Antrag, den die Kommission dem Reichskanzler zur Veranschaulichung übermitteln müssen. Ich bitte Sie, so zu beschließen. Das Gesetz, das den Sprachparagraphen aufgehoben haben will, müßte wohl an eine Kommission überwiesen werden, nachdem das von dem Abg. Dr. Baacke beantragt worden ist. Eigentlich ist diese Materie so einfach, daß sich eine Kommissionsberatung erübrigt, besonders da sich der Reichstag nun wiederholt in diesem Sinne ausgesprochen hat. Wir brauchen es nicht als eine Ehre, daß das große deutsche Volk den in einem Grenzgebiet wohnenden Völkern anderer Nationen nicht völlige Freiheit in der Ausübung öffentlicher Angelegenheiten gewährt. Ein solches Volk, wie wir Deutsch sind, muß in Stande sein, jedem den Gebrauch seiner Muttersprache in Vereinen und Versammlungen zu garantieren. Der Jugendparagraf hat sich als eine ganz böse und unheilvolle Ungerechtigkeit erwiesen, die beseitigt werden muß. Wenn das Vaterland den Sieb einhängen zur Verteidigung will, muß er auch das Recht haben, sich über die Einmütigkeiten des Vaterlandes zu unterrichten. (Sehr wahr!) Die Gewerkschaften, an denen man im Verein war, ein Doktor-Ehrenbrief zur Verfügung haben, haben sich als wahre Säule des Vaterlandes erwiesen. (Sehr wahr!) Wir verlangen für die Gewerkschaften und für die Arbeiterpartei eine Begünstigung für die Presse, die sie dem Vaterlande geleistet haben, sondern wir verlangen bloß, daß der entschlossene Wille zur Verteidigung des Vaterlandes und der entschlossenen Wille, alles zu tun, was dazu nötig ist, sich jetzt während des Krieges auch auf der anderen Seite zeigt. (Lebh. Beifall links.)

Die Sitzung (St.) schließt sich dem Vortredner an.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die hinter uns liegende Stunde wird für jeden eine Stunde bitterer Erinnerung sein, nicht nur wegen der verگذenden Joim der Rede des Abg. Ledebour, sondern auch weil seine Kritik sich gegen die Kriegsführung des geehrtesten Helden dieses Zeitzeuges richtete. (Lebh. wiedergebeter Beifall.) Ich bin der Überzeugung, daß die Erinnerung an den herrlichen 4. August, die Erinnerung an das Satzungsspiel überdauern wird, das wir heute erlebt haben. (Sehr wahr!) Zur Lösung gesetzgeberischer Probleme auf dem Gebiete der inneren Politik werden wir jetzt nicht kommen. Das Jesuitengesetz mag ein Ausnahmengesetz sein, aber für das Reichsvereinsgesetz gilt das nur formell. Ich kann heute noch nicht sagen, ob und wie es geändert werden kann. Jedenfalls werden wir aus dem Verhalten der Parteien alle gesetzgeberischen Folgen ziehen. Ich bin der Meinung, daß Vereine, nur weil sie sich mit politischen Angelegenheiten beschäftigen, deshalb noch nicht zu politischen Vereinen werden. (Abg. Heine: Die Judikatur sagt das Gegenteil!) Die Gewerkschaften haben in erster Linie wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen, ohne die unser Wirtschaftsleben — das hat uns der Krieg gezeigt — nicht mehr denkbar ist. Es wird später zu prüfen sein, ob das Ziel einer besseren Rechtsstellung der Berufsvereine durch eine Abänderung des Reichsvereinsgesetzes oder zweckmäßiger durch ein eigenes Gewerkschaftsgesetz erreicht wird. Der Belagerungszustand kann nicht entzerrt werden. Die Verantwortung dafür, daß er verhängt wird, trägt der Reichskanzler, aber für die Handlungen der Militärbehörden unter dem Belagerungszustand ist er nicht verantwortlich. Zu den Aufgaben der Zivilbehörden gehört es, darauf hinzuwirken, daß alle Gesetze beobachtet werden. Nur die vollziehende, nicht die gesetzgebende Gewalt geht auf die Militärbehörden über. In der Ausführung sind sie an die Gesetze gebunden. Natürlich ist diese Ausführung für Männer nicht ganz leicht, die sonst mit diesen Dingen nichts zu tun haben. Im großen und ganzen haben sich die stellvertretenden kommandierenden Generale gut eingearbeitet, es ist ihnen auch mitter der Dank der Bevölkerung von Angehörigen der Sozialdemokratie ausgesprochen. Die Kommission war einst, daß die Zensur nicht zu entbehren ist, nur über ihren Umfang wurde gestritten. Es mag ja manche Besonderheit notwendig sein, die wir weder vertreten können noch wollen, im allgemeinen aber hat ihre Handhabung den Wünschen entsprochen, die billig geübt werden konnten. Die Pressezensur beschränkt sich auf das unbedingt Notwendige und ist befreit, vorzüglich zu arbeiten und die wirtschaftlichen Interessen der Presse zu wahren. Schwierigkeiten liegen an dem Mangel eines Gesetzes und an dem Fehlen einer Zentralstelle. Dieses Gesetz kann jetzt während des Krieges nicht erlassen werden. Wir haben alle umgelernt und lernen täglich Neues. Wir haben erkannt, daß wir reicher sind, als wir geglaubt haben, in materieller Beziehung, an Organisationskraft und vor allem ethisch. Dieser Krieg hat uns die Lehre gebracht, der sich Abgeordneter Ledebour und seine Freunde nicht anzueignen können, daß die Liebe zum deutschen Vaterlande ein unveräußerliches heiliges Gut jedes Deutschen ohne Unterscheidung der Abstammung, Konfession und Partei ist. (Lebh. Beifall.) Was uns im Frieden getrennt hat, ist in den Hintergrund getreten. Wenn Kritik geübt wurde, so immer in ernster Sorge für das Vaterland. (Lebh. Beifall.) Es ist ein unergänzlicher Erfolg, daß wir hier im deutschen Vaterlande so verhandeln können. Der Gang Ihrer Verhandlungen hat nicht nur die Regierung für ihre schwierigen Aufgaben gestärkt, sondern wird unsern Feinden auch die wirtschaftliche und moralische Unüberwindlichkeit des deutschen Volkes lehren. (Lebh. Beifall.) Die Erinnerung an die warmen Worte des Abgeordneten Scheidemann, die er im Namen seiner Fraktion gesprochen hat, wird hafter sein, als die Erinnerung an das, was die Abgeordneten Ledebour und Liebknecht gesagt haben. (Lebh. Zustimmung.) Wenn wir Geduld haben und die Erkenntnis dieser großen Zeit bewahren und pflegen, so werden wir nach dem Friedensschluß die Wege finden, die in der Gegenwart und Verwaltung zu gehen sind, zum Segen des deutschen Vaterlandes. (Lebh. Beifall.)

Alle Resolutionen und Anträge der Subkommissionen werden angenommen, jedoch das Verbot der Verwendung von Obf

und Zucker zur Herstellung von Spiritus und das bällige Verbot der Schnapsbrennerei abgelehnt. Nur das Verbot der Spiritus-herzeugung aus Getreide findet Annahme. Bei der Abstimmung über die Beseitigung der Ausnahmengesetze enthalten sich Konserverpartei, Nationalliberale, Reichspartei und Wirtschaftliche Vereinigung der Abstimmung.

Vizepräsident Dove erteilt dem Abgeordneten Ledebour nachträglich den Ordnungsruf wegen der Stelle von den schlimmsten Hochverräter, die die Elässer und Polen in die Arme unferer Feinde treiben.

Damit ist der Etat des Innern erledigt.

Der Kolonialetat

wird nach kurzen anerkenntlichen Worten der Berichterstatter für die ausgezeichnete Haltung der deutschen Bevölkerung, der Schutztruppe und der meisten eingeborenen Stämme in unseren Kolonien bewilligt; ebenso debattelos der Marineetat, der Etat des Reichsfinanzamtes; des gleichen der Etat des Reichsfinanzamtes, nachdem Reichsfinanzsekretär Dr. Helfferich unter lebhaftem Beifall mitgeteilt hat, daß sich nach den bisherigen Zeichnungen erwarten läßt, daß auf die neue Kriegausleihe mehr als 7 Milliarden Mark gezeichnet sind.

Nach Erledigung der übrigen Etats verlegt sich das Haus vor Beratung des Etatsgesetzes auf zwei Stunden. (Die Sozialdemokraten und Konservativen treten zu Fraktionsitzungen zusammen.)

Am 5 Uhr wird die neue Sitzung eröffnet und nach debatteloser Erledigung des Etatsgesetzes wieder geschlossen.

Am 6 Uhr findet die

Schlusssitzung

statt.

Nachdem das Haus das Mandat des Abg. Wetterlé für erledigt erklärt hat, beginnt die

dritte Lesung des Etats.

In der Generaldebatte gibt Abg. Scheidemann namens der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung ab: Die Gründe, die für uns maßgebend waren, den Kriegskrediten am 4. August und 2. Dezember zuzustimmen, bestehen unvermindert fort. Wir haben nach den großen bewundernswerten Leistungen unserer Truppen (mit erhobener Stimme) und ihrer Führer (Lebh. Beifall) das beste Vertrauen, daß es gelingen wird, zu einem ehrenvollen und dauernden Frieden zu kommen. (Erneuter lebh. Beifall.) Zur Befestigung unserer festen Willens, dieses Ziel in unerschütterlicher Einigkeit mit unserem Volke zu erreichen, werden wir dem diesmaligen Etat unsere Zustimmung geben. (Lebh. allseitiger Beifall.)

Graf Westarp (K.): Im Namen meiner Freunde stelle ich mit Bedauern fest, daß in der Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion keine ausdrückliche Billigung der Vorgänge von heute vormittag vorhanden ist (Anruhe links. Zurufe bei den Soz.: Ungehört!). Der heute vormittag ausgesprochenen Kritik gegen den hochverdienten Führer unserer Truppen im Osten, den Generalfeldmarschall Hindenburg, die Zustimmung zum Etat, der die neue Kriegausleihe enthält, ist die einfache Pflicht eines jeden Mitgliedes dieses Hauses. (Sehr richtig rechts, Unruhe links.) Das Volk würde es nicht verzeihen, wenn irgend jemand im gegenwärtigen Augenblicke dem Vaterlande die Mittel verlagern wollte, die es zur Niederung der Feinde braucht. (Beifall rechts, Zischen links.)

Baßnermann (M.): Nachdem in der heutigen zweiten Lesung in unserer Einmütigkeit ein scharfer Mißton gekommen ist durch den Zwischenfall, den wir aufs tiefste bedauern und dessen ausdrückliche Mißbilligung auch wir gewünscht hätten, sind wir umsomehr erreut darüber, daß auch diese Tagung mit einer einmütigen Rundgebung für die bewundernswerten Leistungen unserer Truppen und ihrer Führer und mit dem Ausdruck eines festen Vertrauens abschließt. (Bravo!) Einig und geschlossen bewilligt der Reichstag den Etat und damit weitere 10 Milliarden für die Kriegsführung. Mögen unsere Feinde daraus den unangelegenen Entschluß des deutschen Volkes entnehmen, durchzuhalten und unter Einsetzung von Blut und Tod den endgültigen Sieg zu erringen. (Lebh. Beifall links und im Zentr.)

Scheidemann (Soz.): Wir halten es nicht für notwendig, nochmals auf den Zwischenfall zurückzukommen, umso weniger als uns in diesem Augenblicke die Einmütigkeit des deutschen Volkes befehlt.

Scheidemann (Soz.): Keine Fraktion ist für den Zwischenfall eines einzelnen Abgeordneten verantwortlich. Aber jede Fraktion und insbesondere meine Fraktion, muß es absehen, sich von einer anderen Fraktion Zensuren erteilen zu lassen. (Sehr richtig! links und im Zentr.) Weitergen stelle ich gegenüber dem Grafen Westarp fest, daß Herr Ledebour nach dem Stenogramm kein Wort gegen den Generalfeldmarschall Hindenburg gesagt, sondern ihn ausdrücklich gelobt hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) In der Sache selbst habe ich bereits in meiner Rede von vorgestern zum Ausdruck gebracht, daß wir den Vorwurf der Barbarei gegen unsere Truppen, von welcher Seite er auch kommen mag, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. (Lebh. Beifall.)

Reichsfinanzsekretär Helfferich: Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen ist bei der Zeichnung der neuen Kriegausleihe die sechste Milliarde überschritten. (Lebhafte Beifall.) Der Kredit von 10 Milliarden ist von dem ganzen deutschen Volke genehmigt. (Bravo!) Sie können mit dem Bewußtsein nach Hause gehen, daß wir in dem uns aufzwingenden Handels- und Hungerkrieg auf die wohlgeordnete und festgefügte deutsche Volkswirtschaft ebenso vertrauen können, wie auf das gute deutsche Schwert, auf Gott, unser reines Gewissen, unser gutes Recht und die unzerstörbare stichtische Kraft des deutschen Volkes. (Stürm. Beifall.)

Dr. Spahn (Z.) dankt den im Reich zurückgebliebenen, die ihre Schuldigkeit gegen das Vaterland vollkommen erfüllt haben. (Beifall.)

Hierauf wird der Etat in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Abgg. Dr. Liebknecht und Kühle angenommen.

Präsident Kämpf erbittet und erhält die Ermächtigung, am 1. April, dem hundertsten Geburtstag von Bismarck namens des Reichstages einen Kranz an dessen Denkmal niederzulegen. Mit warmen Worten der Anerkennung für das Heer schließt der Präsident seine Ausführungen.

Staatssekretär Dr. Delbrück verliest die allerhöchste Verordnung betreffend Vertagung bis zum 18. Mai.

Präsident Dr. Kämpf schließt die Sitzung mit einem Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland.

Schluß gegen 7 Uhr.

Literarisches.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns, heben Nr. 13 des 25. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der internationale sozialistische Frauentag. — Rundgebung der englischen Genossinnen zum Schweizerischen Frauentag. — Das Wahlrecht vor dem preussischen Abgeordnetenhaus. — Die Frauen und die Presse. Von Luise Zieg. — Für unsere Mütter und Hausfrauen: Vortragsbuch. Von Friedr. Hebbel. — Schoppenhauer über den Krieg. — Der Hunger. Von Dr. Alex. Lipschütz. — Spruch. Von Goethe. — Für unsere Kinder: Was ist der Krieg? Sinngedicht von Friedr. v. Logau. — Kaffee Frühlingsabend. Von Dellen v. Sillkenon. (Gedicht.) — Granada. Von M. Andersen. Gedicht. — Der Schwan. Von H. C. Andersen. — Vogelhochzeit. (Gedicht.) Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.